

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Bauwerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Arbeitsmarkt die dreispaltige Kleinzeile 3 Mk.,
Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 A.

Kredite für die neue Bauaison.

Versuch einer Arbeitsmarktregelung.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag und dem Reichsrat jetzt das neue Baukreditgesetz vorgelegt. Das Gesetz ermächtigt den Reichsarbeitsminister, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister für die Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1932 für von der Deutschen Bau- und Bodenbank u. G. in Berlin aufgenommene Darlehen die Bürgschaft in Höhe von 250 Millionen Mark zu übernehmen. Die Bau- und Bodenbank wird die durch Reichsbürgschaft gesicherten Kredite als Zwischenkredite für den Kleinwohnungsbau weiterleiten. Hier schaltet das Gesetz die Bestimmung ein, daß nur solche Bauvorhaben mit Zwischenkrediten versehen werden dürfen, deren volle Finanzierung gesichert ist. Man will wahrscheinlich durch diese Bestimmung eine ähnliche Situation vermeiden, wie wir sie Ende 1927 und Anfang 1928 auf dem Bauplätze hatten, und die sich zeitweise zu einer Vertrauenskrise am Geldmarkt verdichtete. Die Bau- und Bodenbank soll auch dem Reichsarbeitsministerium halbjährlich über die Herkunft dieser Kredite berichten. Das Reichsarbeitsministerium übernimmt seinerseits die Verpflichtung, diese Berichte dem Reichstag vorzulegen. Die Verwendung der reichsgepfänderten Kredite wird damit unter die Kontrolle des Parlaments gestellt. Das neue Kreditgesetz muß auch dahin verstanden werden, daß solche Bürgschaften, die der Reichsarbeitsminister auf Grund des Baukreditgesetzes 1928 übernommen hat, auf die neuen Bürgschaften angerechnet werden.

Das neue Baukreditgesetz wird vom Reichsarbeitsministerium mit der wenig befriedigenden Lage auf dem Hypothekemarkt begründet. Die Dinge liegen hier seit längerer Zeit so, daß Hypotheken für Bauten, besonders für größere Bauten, vor allem für Industriebauten, reichlich, wenn auch immerhin zu hohen Sätzen zur Verfügung stehen. Die Sätze pendeln gegenwärtig zwischen 9,5 und 10 Prozent. Die bessere Hypothekensituation erklärt sich aus verschiedenen Gründen. Einmal ist die Beleihung von Altbesitz im großen und ganzen abgeschlossen worden. Wo gegenwärtig noch Hypotheken für Altbesitz gesucht werden, handelt es sich um immerhin nicht ganz sichere Objekte. Auch liegen bei vielen Objekten Anwerfungsschwierigkeiten vor, die bekanntlich die Geldgeber nicht anlocken. Außerdem scheint sich im letzten Jahr unter Einfluß der Agrarkrise eine Umwandlung und wichtige Veränderung auf dem Hypothekemarkt vollzogen zu haben, und zwar zumungunsten der Landwirtschaft und zugunsten der Bauindustrie. Tatsache ist, daß größere Summen aus dem langfristigen agrarischen Kreditgeschäft zurückgezogen und in die Bauindustrie gesteckt worden sind. Die Landwirtschaft trägt selbst Schuld daran. Sie hat durch fortwährendes Klagen über ihren „Notstand“ unter den Geldgebern eine gewisse Panik erzeugt, von der gegenwärtig die Bauindustrie profitiert und wohl auch noch in den nächsten Jahren profitieren wird.

Wesentlich anders sieht es bei den Zwischenkrediten aus. Hier kann man direkt von einer kritischen Verfassung des Marktes reden. An und für sich haben wir allerdings seit Monaten einen flüssigen Geldmarkt, auf den gegebenenfalls die Bauindustrie zurückgreifen könnte. Sicher ist aber nicht, ob der Geldmarkt noch in derselben günstigen Verfassung ist, wenn man Zwischenkredite für die Bauvorhaben braucht. Allerdings läßt sich hier, da es sich um einen auf alle möglichen Vorgänge schnell reagierenden Markt handelt, schlecht prognostizieren. Tatsache ist, daß der Geldmarkt gegenwärtig eine außerordentlich flüssige zeigt, weil infolge der Versicherungen in unserer Wirtschaft größere Summen aus der Industrie auf den Geldmarkt abgezogen sind und dort gegenwärtig zur Verfügung stehen. Eine Besserung in der Industrie kann aber leicht die Gelder abziehen. Damit muß gerechnet werden, wenn man bei der Beschaffung von Zwischenkrediten keinen empfindlichen Fehlschlag erleiden will. Außerdem ist es kein Geheimnis, daß gegenwärtig viel

schwimmt. Nun hat die Deutsche Reichsbank ihren Zinssatz (Diskont) ermäßigt. Wahrscheinlich wird in absehbarer Zeit eine weitere Senkung des Diskonts erfolgen müssen. Dagegen hat zum Beispiel England zur Diskont-erhöhung gegriffen. Logischerweise werden die verfügbaren Gelder dorthin abwandern, wo sich die bessere Verzinsung ergibt. Das ist gegenwärtig England. Von diesen

Nie lernst Du aus!

Nie schweife in Himmelsfernen,
Schau um Dich im eigenen Haus,
Da gibt es noch viel zu erlernen —
Nie lernst Du aus!
Suche mit Fleiß zu begreifen
Das Gute, das Dich erregt,
Dann wird auch der Wille reifen,
Zu vollbringen, was Dich bewegt!
Stets suche hinzuzulernen,
Dann schwingt sich Dein Wissen höher,
Dann kommen die Himmelsfernen
Dir ganz von selber näher,
Und stets wird Dich dann erfreuen
Der Sinn des Guten, des Neuen!

*
Nur stete Lernbegierde
Ist echter Weisheit Zierde,
Sie baut der Zukunft Haus —
Nie lernst Du aus!

Taeff.

Tatsachen aus kann man darauf schließen, daß große Summen, die gegenwärtig am Geldmarkt verfügbar sind, für die Aufbringung von Zwischenkrediten im Frühjahr bei Beginn der Bauaison nicht mehr vorhanden sein werden.

Dazu kommen eine Menge von andern Gründen, die es rasch erscheinen lassen, sich bei der Beschaffung von Zwischenkrediten nicht allzu sehr auf den Geldmarkt zu verlassen. Eine ganze Reihe von Instituten wird sich im Laufe des Jahres am Geldmarkt zeitweise stark eindecken müssen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß der im Jahre 1928 aus Reichsmitteln gegebene Baukredit von 200 Millionen Mark im Jahre 1929 zurückgezahlt werden muß. Die Lage der Reichsfinanzen ist derart, daß das Reichsfinanzministerium auf diese Rückzahlung nicht verzichten kann. Man kann aber nur zum Teil damit rechnen, daß sich die Zurückzahlung dieser Reichsbaukredite reibungslos vollziehen wird. In vielen Fällen — man spricht hier von Summen zwischen 30 bis 60 Millionen Mark — wird die Rückzahlung nicht möglich sein. Die Folge wird sein, daß sich die Kreditnehmer vor allem an die Deutsche Bau- und Bodenbank u. G. wenden. Diese wird nicht anders tun können, als die Kredite zu übernehmen und zu prolongieren. Die Kreditnehmer werden dabei eine Zinssteigerung in Kauf nehmen müssen. Die Zinsvergütung für den Reichskredit von 1928 schwankt zwischen 6,5 bis 8%. Bei der Deutschen Bau- und Bodenbank dürfte eine Prolongierung nicht unter 8,5 bis 9,5% zu haben sein, wozu dann sicher noch eine Amortisation von 1% treten dürfte. Das bedeutet für die Deutsche Bau- und Bodenbank eine Festlegung erheblicher Mittel. Das ist von Bedeutung, da die Deutsche Bau- und Bodenbank ganz besonders für Beschaffung von Zwischenkrediten für solche Bauten in Frage kommt, die von der öffentlichen Hand gefördert werden. Die Deutsche Bau- und Bodenbank kann also nur, um dieser unumgänglichen Aufgabe gerecht zu werden, die Zwischenkredite droffeln oder die von

ihren aufgenommenen Kredite erhöhen. Sie geht den letzten Weg, wie das soeben vom Reichsarbeitsministerium vorgelegte Baukreditgesetz beweist.

Man will also die unzulässige Finanzierung, die 1927/28 beinahe zu einer empfindlichen Vertrauenskrise auf dem Bauplätze geführt hatte, vermeiden und zugleich billige Zwischenkredite sichern. Zwischenkredite kosten heute aus privater Hand vielleicht 12 bis 14%. Die Bau- und Bodenbank stellt sie, je nach der Solidität des Objekts, mit 8,5 bis 9,5% zur Verfügung. Es fragt sich, ob die Bau- und Bodenbank für diese Sätze genügend Geld aufreiben kann. Das wäre möglich einmal durch Erhöhung ihres Aktienkapitals, das andern dadurch, daß die Versicherungsträger, also die Reichsversicherungsanstalt anstalt und die einzelnen Landesversicherungsanstalten, für die Beschaffung von Zwischenkrediten herangezogen werden, indem sie ihr Geld bei der Bau- und Bodenbank anlegen. Von einer Erhöhung des Aktienkapitals sieht die Bau- und Bodenbank ab. Dagegen soll die zweite Möglichkeit stärker ausgenutzt werden als bisher. Um nun den sozialen Anstalten das Wechselgeschäft mit der Bau- und Bodenbank stärker als bisher zu ermöglichen, stellt sich das Reich mit rund einer vierstel Milliarden für die Zeit von 3 Jahren hinter die Bank. Dadurch bekommen die Geschäfte zwischen den sozialen Anstalten und der Bau- und Bodenbank den Charakter mündelsicherer Geschäfte. Die Bau- und Bodenbank kann ihre Kredite stark erhöhen, ohne ihr Aktienkapital zu steigern. Die Beschaffung von Zwischenkrediten und die Beleihung des Bauplätze nach dem Frostwinter wird durch diese Konstruktion wesentlich erleichtert. Das ist der Sinn des neuen Baukreditgesetzes. Man darf auch annehmen, daß Reichsrat und Reichstag — schon in Rücksicht auf die Lage in unserer Wirtschaft — keine Schwierigkeiten machen werden.

Einen ähnlichen Weg, wie ihn das neue Baukreditgesetz vorseht, ist man bereits im Jahre 1928 gegangen, um der drohenden Vertrauenskrise entgegenzuwirken, was dann auch gelungen ist. Nach dem Kreditgesetz von 1928 wurden 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, davon dürften gegenwärtig 100 Millionen Mark zurückgezahlt sein. Die Zwischenkreditierung vollzog sich bei der Deutschen Bau- und Bodenbank wie folgt: Am 31. Januar 1927 wurden 14,8 Millionen, am 31. Dezember 1927 = 36,4 Millionen, am 31. März 1928 = 26,3 Millionen, am 30. September 1928 = 74,3 Millionen und Ende Dezember 1928 = 110 Millionen Mark für Zwischenkredite ausgeteilt. Ohne Zweifel geht daraus hervor, daß eine Ausnutzung der Bauaison im Jahre 1928 nicht möglich gewesen wäre, wenn die Zwischenkredite ausgeteilt wären. Auch die Bauaktivität im Jahre 1929 dürfte sich nicht voll entfalten können, wenn Zwischenkredite nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Das Kreditgesetz 1929 unterscheidet sich aber von dem im Jahre 1928 in sehr interessanter Weise. Es ist nicht nur ein Geldmarktexperiment, sondern auch ein Arbeitsmarktexperiment. Während die Kredite für 1928 nur für die Dauer eines Jahres gedacht waren, kommen die neuen Kredite für einen Zeitraum von drei Jahren in Betracht. Das hat Bedeutung für die ganze Bauindustrie, weil für die großen Geldinstitute in die Lage kommen, den sehr gefährlichen und sehr empfindlichen Wechselkredit bei der Zwischenkreditierung, der gewöhnlich nur einige Monate läuft, auf ein halbes, möglicherweise sogar auf ein ganzes und schließlich auf zwei Jahre zu verlängern. Der langfristige Zwischenkredit sichert aber, was sich von selbst versteht, eine gleichmäßige Verteilung der Bauaktivität über Jahre hinaus. Er gibt der ganzen Industrie eine gewisse Sicherheit. Ohne Zweifel wird diese Neuerung ein Mittel sein, auf die Schwankungen der Arbeitsmarktkurve in der Bauindustrie einzuwirken. Man macht hier mit einem besseren Kreditinstrument schließlich aktive Konjunkturpolitik. Das ist vielleicht für die Arbeiter das interessanteste und wichtigste am neuen Gesetz.

Ohne Zweifel wird das neue Gesetz mit dazu beitragen, nach Beendigung der Großperiode den Baumarkt schnell anzukurbeln. Die Finanzinstitute, die ja aus berechtigten Gründen gewöhnlich die beste Ueberlicht über den Markt haben, beurteilen die Lage äußerst günstig. Sehr wahrheitsgemäß werden wir im Jahre 1929 mehr bauen als im Vorjahr. Für eine schnelle Ankurbelung des Baumarktes spricht auch die Tatsache, daß im größten der deutschten Länder, in Preußen, starke Ueberflände aus dem Jahre 1928 vorhanden sind. Darauf lassen auch die Anforderungen von Zwischenkrediten schließen. So sind bereits von der zuständigen Stelle für die Bauperiode 1929 50 Millionen an Zwischenkrediten über die bereits verfügbare Summe von 200 Millionen Markt fest zugesagt worden.

Zur Schlichtungsfrage.

Aufreißkampf und Reichsgerichtsurteil haben das Schlichtungsproblem wieder in den Vordergrund gestellt. Die Unternehmer benötigen die Gelegenheit, um ihre Feindseligkeit gegen das Schlichtungswesen erneut zu bekunden, denn sie sind geschworene Feinde der Zwangsschlichtung und wollen zu den freien Tarifverträgen zurückkehren. Darunter verstehen sie offenbar Tarifverträge, die sich ganz nach ihren Wünschen richten, oder aber überhaupt keinen Tarifvertrag. Doch bestehen auch im Lager der Arbeiter und Angestellten weitgehende Meinungsverschiedenheiten bei der Beurteilung dieses so wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Problems. Häufig ist es keine grundsätzliche Gegensätze, sondern Verschiedenheiten in der Lage einzelner Arbeitergruppen in den verschiedenen Produktionszweigen, die zu Abweichungen in der Beurteilung führen, je nachdem, ob die eine oder andere Gruppe beim gegenwärtigen staatlichen Schiedspruchsystem besser oder schlechter zu fahren meint als beim freien Abschluß von Tarifverträgen. Grundsätzlich wird das gegenwärtige System der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen häufig bekämpft mit Begründungen, die zueinander in hartem Widerspruch stehen. Die einen wollen vom gegenwärtigen System loskommen, weil sie meinen, daß die freien Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Gewerkschaften den Wirtschaftsfrieden und die Annäherung der sozialen Gruppen fördern, weil die Notwendigkeit ohne staatliche Eingriffe miteinander fertig zu werden, Unternehmer und Arbeiter einander näher bringen würde. Die anderen bekämpfen das gegenwärtige Schlichtungswesen gerade mit der entgegengesetzten Begründung: ohne Zwangsschiedsprüche müßten die Arbeitskonflikte im Kampfe mit den Unternehmern ausgeglichen werden und gerade diese Zunahme der Arbeitskämpfe ist für die Entfaltung der revolutionären Energien der Arbeiterklasse erforderlich. Auch müßte nach dieser Auffassung eine solche Kraftentfaltung mehr Erfolge, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen bringen, als das gegenwärtige Schlichtungssystem. Dann wird von gewerkschaftlicher Seite das Problem unter dem Gesichtspunkt erörtert, ob das System der Zwangsschiedsprüche oder der freien Tarifverträge die Organisationsbestrebungen der Gewerkschaften, die Sineinziehung der Unorganisierten in die Gewerkschaften mehr zu fördern geeignet sei — und auch hier gehen die Meinungen auseinander. Häufig wird die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie für die Stellungnahme in der Schlichtungsfrage herangezogen, wobei aber der Begriff der Wirtschaftsdemokratie verschieden ausgelegt wird: Die einen verstehen darunter Selbstverwaltung oder Selbstbestimmungsrecht für die Arbeiterklasse und gelangen damit zur Ablehnung des gegenwärtigen Schlichtungssystems; die anderen aber verstehen unter Wirtschaftsdemokratie das Eindringen der politischen Demokratie in die wirtschaftliche, die Uebertragung der politischen Machtverhältnisse in die wirtschaftlichen, das heißt eine immer weitere Politisierung der Wirtschaft und leiten davon die absolute Pflicht des Staates ab, in die Arbeitskonflikte mit dem Recht der Entscheidung einzugreifen. So wird gegen die Forderung der Unternehmer: Entpolitisierung der Wirtschaft das Lösungswort der notwendigen Politisierung aufgestellt, wobei der letzteren Meinung die Verfallung vor der allmählichen Entfaltung ihrer politischen Einflüsse vorkommt. Der Wunsch nach Politisierung ist mit einem Optimismus hinsichtlich des unaufhaltsamen politischen Aufstieges der Arbeiterklasse verbunden. In diesem bunten Wirrwarr der Meinungen und Auffassungen kommt — soziologisch gesehen — der Zustand zum Ausdruck, in dem sich die deutsche Arbeiterklasse zur Zeit befindet, weil gerade so, wie Otko Bauer dies für Oesterreich ausführte, die Bourgeoisie zwar herrscht, aber nicht realisiert, weshalb sie nicht mehr in der Lage ist, ihren Willen ändern ohne Weiteres aufzuwingen. Diese ungeklärte Lage der schwankenden Herrschaftsverhältnisse führt im wesentlichen zu der großen Unsicherheit in der Beurteilung auch der Schlichtungsfrage.

Wir glauben, daß eine Untersuchung der Schlichtungsfrage unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten uns am besten in die Lage versetzen kann, nicht nur für den Augenblick Stellung zu nehmen, sondern auch wichtige Erkenntnisse für die Bedeutung des Schlichtungswesens abzuleiten. Dabei möchten wir folgende in der Diskussion häufig bestrittene Annahmen machen: Einmal, daß die Macht der Unternehmerverbände und die der Gewerkschaften einander die Waage halten. Zum zweiten, daß unter dem Einfluß des gegenwärtigen Schlichtungswesens die Arbeiter in Zeiten des guten Geschäftsganges oder der Hochkonjunktur weniger erhalten, als bei freien Vereinbarungen mit den Unternehmern, in Zeiten des Konjunkturfalles oder der Krise aber mehr, indem die Löhne, die sonst in diesen Perioden Senkungen erfahren müßten, zumindest gehalten werden.

Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß es für die Arbeiterklasse wichtiger ist, Löhne und Arbeitsbedingungen in Zeiten des Konjunkturfalles und der Krise vor Verschlechterungen zu bewahren, als sie in Konjunkturzeiten stärker zu steigern, als dies bei verbindlich erklärten Schiedsprüchen möglich ist. Würde nämlich das Lohnniveau in jenen Konjunkturperioden sinken, so müßte die

darauf folgende Lohnsteigerung in der Konjunkturzeit von einem niedrigeren Lohnniveau ihren Ausgang nehmen, weshalb in der Konjunktur trotz prozentuell größerer Steigerung die tatsächliche Lohnhöhe offenbar geringer wäre. Diese lohnpolitische Ueberlegung fällt zusammen mit der volkswirtschaftlichen. Volkswirtschaftlich kommt es wohl darauf an, daß die Löhne gerade in den Zeiten des Tiefstandes nicht sinken, weil sonst die vorhandene Absatzkraft nicht beboben werden kann, ja noch verschärfert werden würde. Das übliche Unternehmerargument, daß die Arbeitskraft die unneränderten Löhne in Krisenzeiten mit Produktions Einschränkungen und gesteigerter Arbeitslosigkeit bezahlen würde, ist aus vielen Gründen nicht stichhaltig, zumal in der heutigen kartellierten und vertrauerten Wirtschaft die Monopolorganisationen in Zeiten des Konjunkturfalles ihre Produktion unabhängig von der jeweiligen Lohnlage einschränken und dadurch Arbeitslosigkeit verursachen, so daß auch eine Lohnherabsetzung die Produktionseinschränkung nicht verhindern könnte.

Kann kann das Schlichtungswesen mit Recht als sozialpolitische Einrichtung auffassen, die dem Zwecke dient, die Hilfe des Staates für die Schwächeren zu mobilisieren, gerade wie die Arbeitslosenunterstützung die ohne ihre Schuld beschäftigungslos gewordenen Arbeiter vor Not und Elend schützen soll. Wie aber die Arbeitslosenunterstützung nicht nur eine sozialpolitische, sondern zugleich auch eine volkswirtschaftliche Maßnahme ist, indem sie die Absatzkraft von den Produktionsmittelindustrien in die Verbrauchsmittelindustrien überleitet, und dadurch die Absatzkrise erleichtert, so dienen auch hohe Löhne in Zeiten des Konjunkturfalles demselben Zweck. Auch sie vermögen das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz wenn nicht zu beheben, so zumindest abzumildern. Das staatliche Schlichtungswesen kann wohl diesen Zusammenhang berücksichtigen, wenn nur das Reichsarbeitsministerium und die Schlichter von der Richtigkeit dieses Obanhanganges durchdrungen sein würden und die politischen Machtverhältnisse die Verfolgung einer solchen Schlichtungspolitik gestatten. Grundsätzlich ist dies umso mehr möglich, weil ein anderer brauchbarer Maßstab für die Schiedsprüche überhaupt nicht vorhanden ist. Eine Antwort auf die Frage, was die Industrie an Löhnen zu tragen vermag, kann in den meisten Fällen nicht gegeben werden. Wir haben keine zuverlässigen Unterlagen über die Produktionskosten und die Marktverhältnisse, die endgültige Schläge darüber gestatten würden; schon die Abweichungen in der Beurteilung dessen, wie hoch sich die Abschreibungen bei den Unternehmern stellen müssen, wie weit sie Ökonomie für die Erweiterung des Produktionsapparats machen sollen (Selbstfinanzierung) machen es nicht möglich, die Grenzen der noch tragbaren Löhne einseitig zu bestimmen. Auch weniger wird dies möglich sein, wenn wir den Einfluß der Lohnsteigerung auf die Rationalisierung berücksichtigen, den vermehren Druck, der von der Lohnseite für die Rationalisierung ausgeht.

In der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ bekämpft der Vertreter des Unternehmerpunktes, R. Braun v. L., die Verbindlichkeitsklärung mit den Schlagworten der Veranschulung der sozialen Verantwortung und der Wiederherstellung der eigenen Verantwortung und des Verantwortungsgeheimnisses auf beiden Seiten. Die obenstehenden Ausführungen beweisen zur Genüge, wie wenig ein Verzicht auf die Schiedsprüche geeignet wäre, eine Veranschulung und ein aktiveres Verantwortungsgeheimnis herbeizuführen. Eine Veranschulung in dem Sinne, daß nun beide Parteien einmütig feststellen, wo die Grenzen der möglichen Löhne liegen, ist, wie wir schon, nicht möglich. Folglich müßten — wenn es nach den Wünschen Brauwers ginge — an Stelle einer Veranschulung allein die Machtverhältnisse zwischen Unternehmern und Gewerkschaften entscheiden. Was bedeutet aber der so oft betonte und so häufig mißbrauchte Ausdruck „Verantwortung“? Von einer Verantwortung kann hier wohl nur in dem Sinne gesprochen werden, daß man sich für die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Produktion verantwortlich fühlt. Die Unternehmer lehnen diese Verantwortung seit Jahr und Tag von sich ab und so ist es heute allein die Arbeiterklasse, die gegen Produktionsausfälle als Folge von Produktions Einschränkungen, Auspurrungen usw. Protest erhebt, die sich also für die Aufrechterhaltung der Produktion verantwortlich fühlen. Die Beibehaltung des gegenwärtigen Schlichtungssystems ist gerade deshalb erwünscht, um der Verantwortungslosigkeit der Unternehmer einen Riegel vorzulegen.

Ein Wort noch über das Organisationsproblem unter dem Einfluß des Schlichtungswesens. Wenn behauptet wird, daß im System der Zwangsschlichtung kein Anreiz für die Arbeiter besteht, sich an gewerkschaftliche Organisationen anzuschließen, weil sie doch der Vor- und Nachteile des Schiedspruches gerade so teilhaftig werden, wie die Gewerkschaftsmitglieder, so muß man dieser Auffassung entgegenhalten, daß der Erfolg der Organisationsarbeit der Gewerkschaften wesentlich noch von anderen Faktoren, als von dieser Ermüdung bestimmt wird. Dann aber lehrt die Erfahrung, daß Krisenzeiten mit sinkendem Lohnniveau und erfolglosen Arbeitskämpfen keineswegs oeleone sind, den Organisationsdrang zu verheben. Sofern das staatliche Schlichtungswesen dazu beiträgt, in Krisenzeiten das Lohnniveau zu halten und Streiks und Auspurrungen, deren Ausgang für die Arbeiterklasse in diesen Perioden hoffnungslos wäre, zu vermeiden, muß es auch den Organisationsbestrebungen der Gewerkschaften zugute kommen.

Die vorstehenden Ausführungen des bekannten Wirtschaftspolitikers Genossen Halaß sind ein interessanter Beitrag zu dem sehr zeitgemäßen Thema: Schlichtungsfrage. Sie sind selbst dann noch beachtenswert, wenn man sich nicht in allen Punkten mit ihr einverstanden erklären kann. So sind wir, entgegen Halas' der Meinung, daß die Beibehaltung des „gegenwärtigen Schlichtungssystems“ nicht erwünscht ist. Gewisse Veränderungen im Schlichtungswesen, die der sozialwirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse besser Rechnung tragen, haben sich als durchaus notwendig erwiesen. Nach dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts machen sich solche Veränderungen notwendig. Wir wünschen, daß schon hierbei in der angebotenen Richtung verfahren wird. Aufgabe des Schlichtungswesens

und des Staates ist es, sich in erster Linie der wirtschaftlich Schwachen anzunehmen. Denn gerade sie sind es, die keiner Hilfe bedürfen. Wir wissen, daß diese Hilfe oftmals ungenügend gewesen ist. Deshalb, und aus Gründen, die in der Berücksichtigung der Forderung nach Mitbestimmung und Selbstverwaltung, sowie in der Möglichkeit besserer Einflüsse in berufliche Verhältnisse liegen, bevorzugen wir das tarifvertraglich vereinbarte Schlichtungswesen. Wir haben ein solches für das Baugewerbe. Es gilt dies in freier Mitbestimmung Geschaffene auszubauen und es auf andere Berufe zu übertragen.

Fert mit dem mangelhaften Reichsindex!

Bei Lohnverhandlungen und Lohnkämpfen spielt oftmals der Reichsindex eine Rolle, die ihm bei weitem nicht gebührt. Die Gewerkschaften und ihre Zeitungen weisen auf die überaus großartige Belanglosigkeit des Reichsindex, auf die großen Mängel jeder sogenannten Reichsindex für die Lebenshaltungskosten hin. Daß dieser Reichsindex die Unternehmer mit mifflerbarer Unterfertigung des Reichsindexamtes, das diesen weitestremden Index herausgibt, daß der „Vorkriegs-Reallohn“ erreicht und sogar überschritten sei. Nach den „Beweisen“ der Unternehmerverbände leben die Arbeiter und Angestellten in Deutschland geradezu in einem Eldorado. Die Unternehmer glauben feststellen zu können: der Lebenshaltungsinde beträgt 152, der Lohnindex aber geht weit darüber hinaus. Wir haben im „Grundstein“ solche „Feststellungen“ schon des öfteren als Hohlheiten zurückgewiesen, und wenn auch für uns heute noch die Richtigkeit des Grundlages feststeht: „Lohnfragen sind Machtfragen“, so ist es doch notwendig, sich wiederum mit den Indexberechnungen grundsätzlich auseinanderzusetzen.

Im Handelsblatt der „Vossischen Zeitung“ vom 10. Februar befindet sich ein Aufsatz „Wie teuer leben wir“, der beachtliche Ausführungen bringt. Sie beweisen, daß selbst von bürgerlicher Seite die brädische Theorie von der Ueberhöhung der Löhne auf Grund der Indexberechnungen erkannt wird. Den landläufigen Klagen der Unternehmer über die steuerliche und soziale Belastung wird entgegengehalten: „Noch niemals aber ist bisher von seiten der Industrie hervorgehoben worden, daß die Gehalts- und Lohnempfänger in gleicher Weise von diesen Lasten getroffen werden. Welcher Arbeitnehmer hat früher solche Steuern und Sozialabgaben getragen, wie das heute der Fall ist? Waren früher 200 M. ausgezahlter Lohn gleich 190 M. Nettolohn, so sind heute 200 M. Lohn noch 150 bis 160 M. Stellt man also unter Außerachtlassung dieser Lasten einen Lohnindex auf, wie es wiederholt von interessierten Seiten geschieht, und kommt man dabei zu einer Indexzahl von 150, so belagt das keineswegs, daß die Hälfte Lohn mehr als vor dem Kriege dem Arbeitnehmer kaufkraftmäßig zur Verfügung steht, sondern allein unter Berücksichtigung der angeführten Belastungen sind es nur 120 bis 125%. Dieser Abzug muß daher neben der jetzt allgemein anerkannten Kürzung des Bruttolohnes infolge überhöhter Preise im Vergleich zur Lohnfestsetzung gemacht werden. Dann aber bleibt nur noch ein Nettoeinkommen, das wenig über dem der Vorkriegszeit liegt, das heißt, es ergibt sich eine wesentliche Kürzung der bisher immer in Abzug gebrachten realen Durchschnittseinkommen.“

In der Tat wird es niemals beachtet, daß der Arbeiter zu den Lasten der Sozialpolitik, der Arbeitslosigkeit usw. in soarker Weise beiträgt. Ein großer Teil des Arbeitslohnes und des Angestelltengehaltes darf deshalb gar nicht in Rechnung gestellt werden, weil die Empfänger ihn niemals zu sehen bekommen. Es ist sehr wohl begründet, daß man sich nicht daran macht, einen amtlichen Lohnindex aufzustellen. Würde man es objektiv tun, käme man zu weit höheren Sätzen, als man sie in den Denkschriften und Beweisaufstellungen der Unternehmer zu sehen bekommt. Aber auch der Preisindex der Lebenshaltungskosten spielt in der ganzen Ausprägung eine nicht geringe Rolle. Wenn man es auf der einen Seite wohlweislich vermeidet, einen genauen Lohnindex aufzustellen, so glaubt man aber auf der anderen Seite die Lebenshaltungskosten durch ein Normalschema vollständig erfassen zu können. In dem vom Statistischen Reichsamt aufgestellten Lebenshaltungsinde handelt es sich um 5 große Gruppen, die sich folgendermaßen zusammensetzen: Ernährung 54,7%, Wohnung 20,35%, Heizung und Beleuchtung 5,55%, Bekleidung 10,05%, sonstiger Bedarf einschließlich Verkehr 9,28%. Alles zusammen ergibt 100%. — Dies Schema ist im Jahre 1925 verbessert worden. Dennoch erfährt diese Berechnungsmethode bei weitem nicht die Normalbedürfnisse eines Kulturmenschen. Der Aufsatz der „Vossischen Zeitung“ geht hierauf mit folgenden Worten ein: „Enthalten ist in diesem Schema ohne Zweifel all das, dessen ein Mensch bedarf, um den primitivsten biologischen und politischen Erfordernissen gerecht zu werden. Er kann sich ernähren, kleiden und hat — vielleicht — beim Schlafen ein Dach über dem Kopf. Aber einigermaßen normalen Ansprüchen wird dieser Index in keiner Weise gerecht. Abgesehen von Lücken in diesem Schema sind auch einige der berücksichtigten Positionen stark ansehbar. Das gilt in erster Linie für den Wohnungsposten. Hier ist lediglich die 20-prozentige Mietmiete zugrunde gelegt. Ist es den Verfasser der Statistik unbekannt, daß wir in Deutschland eine gewaltige Wohnungsnot haben, die einen derartigen Errechnungsmodus des Lebenshaltungsinde unmöglich macht? Schlecht gerechnet 20% des deutschen Volkes sind nicht glückliche Besitzer einer Altbauwohnung. Ein Teil davon bewohnt Neubauten, deren Mieten nicht 20% der üblichen Mietmieten, sondern 170 bis 200% betragen. Und ein Teil — sicher 4 bis 5 Millionen, Frauen und Kinder eingerechnet — wohnen mißliert, und zwar zu Mieten, die mit 200% eher zu niedrig als zu hoch angesetzt sind.“ — Diesen klaren Worten braucht wenig hinzugefügt zu werden. Die Lebenshaltungskosten sind aufgebaut auf die primitivsten Bedürfnisse. Das wirkliche Leben spiegelt sich darin nicht wieder. Ramentlich die Gruppe „sonstiger Bedarf“ müßte mit einer wesentlich höheren Ziffer angenommen werden. Aber auch der Posten „Bekleidung“

ist auf derartig anspruchslosen Bedürfnissen zugeschnitten, daß sie kein richtiges Bild ergeben. In diesem Posten wird für eine fünfköpfige Familie folgender Jahresverbrauch angenommen: 1 Herrentanzig, 1 Frauenanzug, 1 Mädchenkleid, 1 Frauenrock, zwei Hüten, 7 Männer- und 6 Frauenhosen, 18 Meter Hemdtuch, 6 Paar Männer- und 6 Paar Frauenstiefel, je 1 Paar Männer- und Frauenstiefel, 2 Paar Kinderstiefel, achtmaliges Wespel mit Abfäßen von Männerstiefeln. Wenn man einem amerikanischen Arbeiter einen derartigen Verbrauch zumute, würde er es zweifellos als eine Beleidigung empfinden. Dabei handelt es sich hier um ganz billige Waren. Im Reichsdurchschnitt wird zum Beispiel in Deutschland ein Jahresverbrauch je Kopf von 1,4 Paar Stiefeln angenommen. In obigen famosen Index sind für fünf Personen insgesamt nur 4 Paar Schuhe in Anrechnung gebracht, also ein Jahresverbrauch von 0,8 Paar Schuhe. Daraus dürfte zu ersehen sein, wie ungenügend der Lebenshaltungsniveau ist. Nicht allein, daß darin wichtige und nicht abwendbare Ausgaben fehlen, die darin entfallenden sind teilweise willkürlich und absichtlich niedrig bemessen.

Die ganze Lohnfrage muß danach beurteilt werden, wie hoch der Lohnanteil am Produkt ist. Die Ertragsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft ist wesentlich gewachsen. Der Lohnanteil am Einzelprodukt konnte zwar nicht einheitslich, aber doch im wesentlichen stark herabgedrückt werden. Danach muß die bare Lohnsumme beurteilt werden. Die falschen Lohn- und Preiszeitschriften wachsen sich nach und nach geradezu zu einem Ungeiz aus und müssen entweder ersetzt oder ganz beseitigt werden!

Erweiterung der Krisenunterstützung.

Der vom Reichstag gefasste Beschluß auf Erweiterung der Krisenfürsorge würde von der gesamten Arbeitererschaft begrüßt werden, wenn alle Verufe einbezogen wären. Entsprechend § 101 des Erwerbslosenversicherungsgesetzes wird es aber dem Reichsarbeitsminister wohl nicht möglich sein, die Bauarbeiter in die Krisenfürsorge einzubeziehen. Zwar ist die Arbeitsmarktfrage im Baugewerbe zur Zeit ungenügend, aber sie ist nicht als „bauern“ und nicht „besonders ungenügend“ anzupreisen. In fern Kollegen werden wohl bei der Krisenfürsorge leer ausgehen. Was soll aber dann geschehen mit den erwerbslosen Bauarbeitern, die wegen ungenügender Arbeitsmarktfrage — wie dies in vielen Teilen Deutschlands während des Baujahres 1928 der Fall war — ihre Anwartschaft von 26 Wochen nicht erfüllt haben? Man verweist sie auf das Wohlfahrtsamt. Die in größter Not befindlichen Erwerbslosen, die sich im guten Glauben an das Wohlfahrtsamt wenden, sind aber bis heute eher oft bitter enttäuscht worden. In den ländlichen Gemeinden, wo der Gemeindevorsteher die Anweisung zu der Wohlfahrtsunterstützung geben muß, fehlt es nicht immer an schönen Begründungen. In manchen Orten stellen diese Herren den Hofstand vor das Tor, um den hehrwürdigen Erwerbslosen schon auf diese Art, um den hehrwürdigen Hofstand anzuknüpfen. Die Bauarbeiter haben an den Wohlfahrtsunterstützungen genau dasselbe Recht wie jeder andere Staatsbürger. Leider wird es ihnen aber striktig gemacht. — Auch die Bauarbeiter, die durch Abtrennung deutscher Gebiete an Polen nicht ihre Anwartschaft von 26 Wochen erfüllt haben, sind zum Hungern verurteilt und auch dann dem größten Elend preisgegeben, wenn nur noch drei Tage an der Erfüllung der Wartefrist fehlen. Auch zur Hoffandarbeit werden solche Erwerbslose nicht herangezogen. Dazu nimmt man zuerst die Arbeitslosen, die noch Erwerbslosen- oder Sonderunterstützung beziehen. Deshalb verlangen wir, daß die Krisenfürsorge auch auf die Bauarbeiter ausgedehnt wird. Die Sonderfürsorge bei berufsfähiger Arbeitslosigkeit ist ja kein Ersatz für die Krisenunterstützung. Wenn für sie nicht genau so gut wie für die ordentliche Arbeitslosenunterstützung eine Anwartschaft vorhanden sein.

Aber auch das, was manchen Bauarbeiter von der Sonderfürsorge gewährt wird ist so gering, daß es nicht als eine Unterstützung angesehen werden kann. So gewährt man Erwerbslosen, die im eiterlichen Haushalt leben, aber 23 bis 27 Jahre alt sind, 1,03 M., wörtlich: eine Mark und drei Pfennig wöchentlich Unterstützung! Was laßt noch nicht einmal für ein Paar Ohrenschmalz. Für diesen Betrag muß sich der Erwerbslose auch noch, wenn er zum Stempel in geht, die Ohren erziehen lassen! Weil der Vater in im Haushalt lebenden Kinder noch etwas verdient, ist den erwerbslosen Kindern die Bedürftigkeit abgesprochen worden. Was soll dieser Erwerbslose seinen Eltern für Kostgeld geben? Ist jeder Familienvater entsprechend den Bestimmungen der Sonderfürsorge dazu verpflichtet, seine Kinder bis ins hohe Alter hinein zu ernähren? Wegen eine solche Verschwendung der Sonderfürsorge und gegen eine derartige Ausnutzung der Freigrenze protestieren wir energisch und verlangen von den Behörden, daß die Bauarbeiter allen übrigen Bürgern Deutschlands gleichgestellt werden!

„Kabukisten.“

Es gibt Eierkisten und Käsefisten, es gab sogar einmal Kakekisten. Doch zur Sache. In Moskau tagte kürzlich ein außerordentlicher Kongreß der russischen Bauarbeitergewerkschaft. Zur Verhandlung standen unter anderem die skandalösen Zustände in der Moskauer Gouvernementsabteilung des Verbandes. Von den 600 Kongreßmitgliedern hatten sich dazu mehr als 250 Redner zum Worte gemeldet. Und zur selben Zeit, da die Tagung ihren Anfang nahm, wurde in dem Zentralheim des Bauarbeiterverbandes prozessiert gegen 11 führende Gewerkschafter, Mitglieder der kommunistischen Partei, deren skandalöses und verbrecherisches Treiben der Hauptanlaß zur Einberufung des außerordentlichen Kongresses war.

Der geräumige Saal des Zentralheims war überfüllt. Kinooperatoren filmten das Gericht und die Angeklagten, die vor einem Mikrophon ihre Aussagen machten. Spezielle Wandzeitungen brachten ausführliche Berichte über die Verhandlung. Der Prozeß dieser „Kabukisten“ war 6 Tage lang die Sensation Moskaus.

„Kabukisten“ nannten sich die Angeklagten und ihre Genossen, die zwar nicht angeklagt, jedoch auf dem Disziplinarwege bestraft und aus der Partei ausgeschlossen wur-

den. „Kabukisten“ nach dem japanischen Theater Kabuki, mit dem sie allerdings nichts gemein hatten. 25 leitende Gewerkschafter des Bauarbeiterverbandes, sämtlich Mitglieder der kommunistischen Partei, hatten einen Verein mit eigenen Sängern gegründet, ihm den Namen „Kabuki“ gegeben und sich zur Aufgabe gemacht, „alle geeigneten Mitarbeiter und Funktionäre der Moskauer Gouvernementsabteilung des Bauarbeiterverbandes“ für ihren Verein anzuwerben und auch Beziehungen mit anderen Verbänden und dem Zentralkomitee der Gewerkschaften anzubahnen. So war es in den Sängern zu lesen. Auch über den Zweck des Vereins erfuhr man aus ihnen Näheres.

Was war das aber für ein Zweck? „Der Verein“, besagt ein Paragraph, „steht auf der Plattform des allgemeinen Suffs und der allgemeinen Kurerei.“ „Er hat die Aufgabe“, las man in einem andern Paragraph, „den Mitgliedern im Sausen und im Laster die größtmögliche Unterstützung zu gewähren; die Mitglieder des Vereins verpflichten sich, einander bei der Befriedigung ihrer physischen Bedürfnisse zu unterstützen und bei allen Unberathungen und schwierigen Situationen einander zu helfen.“

„Im Falle der Verhaftung eines der Mitglieder des Vereins verpflichten sich die andern, ihn aus der Patsche zu helfen. Die Frauen gehen von Hand zu Hand. Mitglied kann nur werden, der in all den Dingen genügende Erfahrung hat.“

Die „Kabukisten“ entwickelten eine rege Tätigkeit. Sie waren nicht nur Männer des Wortes, sondern auch der Tat. Sie versammelten sich in verschiedenen Lokalen und privatim, saßen hier bis zur Bewußtlosigkeit und veranstalteten in den Räumen des Bauarbeiterverbandes regelrechte Orgien. Die Botsen mußten Glühwein bereiten, die Aufwarterinnen und Stenotypistinnen baden und kochen. Ganze Tonnen Bier und Körbe mit Wein wurden herbeigeschleppt. Das Weib entnahm man der Kasse des Bauarbeiterverbandes. Ja, den ausführlichen Beschluß über die Organisation eines solchen Familienabends fasste man in einer Sitzung des Präsidiums zu gleicher Zeit mit einem andern Beschluß über den Arbeitsschutz. Ein solcher Familienabend wurde übrigens auch zu Ehren des zehnjährigen Bestehens des kommunistischen Jugendverbandes veranstaltet.

In diesen „Familienabenden“ nahme. bis zu 300 Personen teil. Neben den weiblichen Angehörigen des Bauarbeiterverbandes wurden von den „Kabukisten“ Tuzende

Kommunistischer Parteibefehl zur Spaltung der Gewerkschaften.

Nach dem großen Fiasko der Kommunisten, mit Arbeiterdelegationen und Einheitsfrontpartolen die Gewerkschaftsbewegung zu erobern, brüet der Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, Lojowski, nun schon annähernd zwei Jahre über neue Methoden zur Erreichung dieses Zieles. Dabei scheint er sich klar geworden zu sein, daß mit der Einheitsfront keine Geschäfte zu machen sind, und es daher besser sein dürfte, die offene Spaltung der Gewerkschaften zu betreiben. Ebenso klar scheint er sich aber auch darüber zu sein, daß der breiten Masse diese jeelovolle Abicht möglichst verschleiert bleiben müsse, weil die Erkenntnis des Wertes einer starken Organisation die Arbeiterchaft gegenüber solchen Plänen hofflos machen würde. So überlegen blieb ihm also nur, wie man nach außen hin Einheitsfront machen und in der Sache selbst die angestrebte Spaltung doch erreichen könne. Einen geeigneten Ausweg fand er darin, daß die KPD, die Einheitsfront bisher nur falsch angewendet habe; denn die Herstellung der Einheitsfront bedeutet ja nicht die Eroberung des Gewerkschaftsapparates, sondern der Massen, um mit ihrer Hilfe die Gewerkschaftsbureaukratie unmöglich zu machen. Die Frage ist also nur die, wann und wie können die Gewerkschaftsmassen am leichtesten und am besten für die neue kommunistische Einheitsfront begeistert werden.

Von kommunistischer Seite sind wir es gewöhnt, daß sie Parteiziele über alle Stellen, ohne Rücksicht, wie sich die betreffende Arbeiterchaft mit den für sie geschaffenen Folgen abfindet; aber die jetzt angeordnete Taktik aberseht jedes Maß und wird zum Verbrechen an der gesamten Arbeiterchaft. War es bisher Grundfatz, daß in Zeiten schwerer Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, also bei Streiks oder umfangreichen Ausperrungen alle gegenfälligen Meinungsverschiedenheiten zurückzusetzen haben, um in geschlossener Einigkeit den Kampf bestehen zu können, so sollen jetzt — dahin geht der Plan der Kommunisten — gerade solche Kämpfe zur Durchführung der Spaltung der Gewerkschaften benutzt werden. Eine besondere kommunistische Streikstrategie wurde entwickelt, deren Durchführung bei der in der KPD üblichen Weise als Parteibefehl von den kommunistischen Anhängern erzwingen wird. Lange Abhandlungen darüber hat Lojowski in seinem Organ „Die Rote Gewerkschaftsinternationale“ geschrieben; die im Frühjahr 1928 in Moskau abgehaltenen Kongresse der Komintern und der Roten Gewerkschaftsinternationale haben sich damit befaßt, und jetzt ist die KPD, dabei, die Anweisungen Lojowskis allen Parteifunktionären zur strengen Befolgung einzubühnen. Ende Januar fand zu diesem Zweck in Berlin die Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD statt, wo Heckert und Nerker den Funktionären die neuen Anweisungen vermittelten. Die von Lojowski dazu ausgearbeiteten Richtlinien sind in unserm Beft. Einige Zitate daraus mögen erweisen, ob die oben gegebene Kennzeichnung dieser Anweisungen als Verbrechen zu hart und gar ungerichtet ist.

In dem Abschnitt „Die Vorbereitung der Massen in Streiks und Ausperrungen“ heißt es unter anderem:

„3. Die vorbereitende Agitations- und Organisationsarbeit muß unter den Lösungen geführt werden: „Hofft nicht auf die Gewerkschaftsbureaukraten“, „Nehmt euer Geschick in die eigenen Hände“, „Bereit euch zum Kampf vor, sonst werdet ihr geschlagen“. In dieser Agitation muß die ganze Erfahrung des Verrats der Gewerkschaftsbureaukraten in den letzten Wirtschaftskämpfen ausgenutzt werden.“

4. Schon in dieser Vorbereitungsperiode ist es notwendig, in Verfammlun-„n, durch persönliche Gespräche

Prostituierte von der Straße herangeholt, Radstphotographen gingen von Hand zu Hand, Schlagereien waren an der Tagesordnung, und die Schreitische in den einzelnen Arbeitskabinetten dienten als Liebestager.

„Das waren“, sagt der Feuilletonist der Zeitschrift „Prospektor, S. 0. 1. 1.“, „gemeine Nächte echt russischen Sausens mit Tränen, Geschimpfe und Sichübergeben. Das übliche Ende der Orgien waren zerfallenes Geschirr, Weinpfüßen auf den Fußböden, hysterische Weinkämpfe der unglücklichen Prostituierten, deren Menschenwürde in jeder Weise gebemfligt wurde. Erhöpft blieben die Mitglieder des „Kabuki“ beim Morgengrauen auf den Fußböden liegen, um schließlich vom Portier geweckt zu werden. Dann ging es wieder ans Tageswerk, und in den Verfammlungen wurden aufs neue schöne Reden geschwungen.“

Wie es zungun, schilderten in der Gerichtsverhandlung ausführlich 9 Zeugnissen, Opfer der Kabukisten. Die Einzelheiten eignen sich nicht zur Wiedergabe. Was Gericht verurteilte drei der Hauptangeklagten — die übrigen bereits eine kriminelle Vergangenheit hatten — zu 3 Jahren Gefängnis und zu dreijähriger Verbannung nach Karom, und acht weitere Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende unter anderem aus, daß die Angeklagten Verbandsleiter unterfchlagen und in den Räumen der Gouvernementsabteilung und des zentralen Verbandshomes unter Begünstigung der leitenden Personen Orgien veranstaltet habe. Der Vorsitzende des Verbandes wird sich übrigens noch besonders wegen der Duldung dieser skandalösen Zustände zu verantworten haben. Die Kongreßredner erklärten aber, daß ähnliche Erscheinungen wie im Moskauer Zentralverband, sich auch in einer großen Anzahl lokaler Verbände bemerkbar gemacht hätten.

Was wir dazu sagen? Nun, Sünden gibt es überall, in allen Parteien, in allen Gewerkschaftsgruppen. Aber daß in dieser schweinischen Weise und in solchem grandiosen Ausmaß „sahungsgemäß“ gefündigt wurde und noch dazu im heiligen Sowjet-Rußland, das dürfte auf dem ganzen Erdenrund beispiellos dastehen! Die deutsche Kommunistenpresse schweigt sich darüber aus. Jedenfalls hat sie keine Zeit, über diese Angelegenheit zu berichten; denn sie muß ja tagtäglich deutsche „Gewerkschaftsbongzen“ als „Verräter“ und „Handlanger der Reaktion“ anprangern und entlarven. Deshalb sei durch diese Veröffentlichung nachgeholfen. Vielleicht schneidet sich mancher „Unentwegte“ von diesem Stück sowjetrussischen Sittenlebens ein Stück ab.

Die Spaltung der Gewerkschaften.

und Bearbeitung jene Elemente der parteilosen, reformistischen, anarcho-syndikalistischen und katholischen Arbeiter festzustellen, die in den Kampf gegen die Unternehmer auf der Basis unserer selbständigen, von der Gewerkschaftsbureaukratie unabhängigen Taktik einbezogen werden können. . .

6. Beim Herannahen einer Ausperrung ist es notwendig, die Lösung der Schaffung von Kampfkomitees gegen die Ausperrung, die in den Betrieben durch alle Arbeiter und Arbeiterinnen, ohne Unterscheid ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, ob sie organisiert sind oder nicht, geschaffen werden müssen.

7. Im Falle des Angriffscharakters des Kampfes von seiten der Arbeiter und bei einer günstigen objektiven Situation für den Streik muß in das Zentrum der Massen die Schaffung von Streikleitungen, die durch alle Arbeiter und Arbeiterinnen gewählt werden, gefestigt werden. In diesen Wahlen müssen die Arbeiter aller Richtungen, organisierte wie auch unorganisierte, teilnehmen.

8. Gleichzeitig muß die erbitterteste Agitation und Propaganda in den Massen gegen die von oben ernannten Streikkomitees und gegen die Versuche der Gewerkschaftsbureaukratie, die Führung des Kampfes solchen Komitees zu übergeben, geführt werden.“

In einem weiteren Abschnitt dieser Anweisungen, überschrieben: „Formen und Charakter der Kampforgane“, heißt es:

„. . . Im Falle einer herannahenden Ausperrung muß man zur Wahl von Kampfkomitees gegen die Ausperrung schreiben und mehrere Tage vor der Erklärung des Streiks muß man zur Wahl von Streikkomitees übergehen. . . Je mehr Streikkomitees bestehen werden, je leichter werden sie die Massen führen können. . . In Großbetrieben, wo Zehntausende von Arbeitern beschäftigt sind, müssen die Streikkomitees 200 bis 300 Arbeiter stark sein. . .“

Nach weiteren Anweisungen, wie sich die Streikkomitees zu den Beschäftigten zu verhalten haben, heißt es bezüglich der Aufgaben und der zu erreichenden Ziele weiter:

1. Das Streikkomitee muß den Kampf führen, in Verhandlungen eintreten, wenn es nötig ist, Vereinbarungen unterzeichnen, wobei es von vornherein erklären muß, daß alle durch die reformistische Bureaukratie abgeschlossenen Vereinbarungen die Arbeiter nicht verpflichten.

2. Das Streikkomitee muß zur Aufgabe haben, den reformistischen Verband aus dem Betrieb zu verdrängen und die Führung des Kampfes aus seinen Händen zu reißen.

3. Das Streikkomitee muß eine Beobachtung der Gewerkschaftsbureaukraten organisieren, ihre Tätigkeit verfolgen, Demonstrationen vor den Verbandsbureaus im Falle von Geheimverhandlungen und Machinationen organisieren, Verfammlungen der Organisations- und Inorganisierten einberufen und die Verjagung der Gewerkschaftsbongzen verlangen, Verfammlungen und allen Streikenden helfen, systematisch, besonders in den Massen der sozialdemokratischen und katholischen Arbeiter das Vertrauen zum reformistischen, katholischen Gewerkschaftsapparat zerstören.

4. Das Streikkomitee muß zur mächtigen Waffe in den Händen der Gewerkschaftsopposition für die Vertreibung aller Kapitalsagenten und Unternehmerverbänden aus den Gewerkschaften werden.“

Ein weiterer Abschnitt behandelt „die Beziehungen zwischen Streikkomitee und Gewerkschaftsapparat“. In ihm wird gefordert, daß die Streikkomitees sich von jeder

Verbindung mit den Gewerkschaftsleitungen fernhalten sollen, daß ihre Arbeit der Enttarnung der Gewerkschaftsbürokratie dienen muß, da nur dann eine wirklich selbständige Führung des Streiks erreicht wird. Deshalb:

Keinerlei offizielle Vertreter der reformistischen Gewerkschaften dürfen in die Streikkomitees aufgenommen werden. ... Die geringste ideelle und organisatorische Abhängigkeit der Streikkomitees vom Gewerkschaftsapparat, die Schwächung des Kampfes gegen ihn kann zur Zerstörung des Streiks und zum Falle der Autorität der Gewerkschaftsopposition und der durch ihre Initiative geschaffenen Streikkomitees führen.

Nur einige der markantesten Stellen aus den acht einzeln beschriebenen Maschinenseiten umfassenden Anweisungen konnten an dieser Stelle Aufnahme finden. Wüßte man sich aber auch dadurch schon die Situation beleuchtet und zugleich allen Kollegen das Verständnis vermittelt, warum ein Teil der bisherigen maßgebenden Führer der KPD, zur offenen Revolte gegen die Moskauer Parteizentrale gegriffen haben. Die Einheitsfrontparole ist jetzt gestrichelt, an ihrer Stelle die offene Spaltung proklamiert und vor diesem Schritt und mehr noch vor den Folgen sind die großen Leuchten des kommunistischen Klassenkampfes von gestern zurückgeschreckt. Die Kenntnis dieser Anweisungen bestätigt aber auch die Entfaltung des ausgeschlossenen Oppositionsführers Calm. Offenbach, daß Sowjohl in der Dezentrierung der Profintern ausgesprochen hat:

„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten eine Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“

Also nur um der KPD, das Herauskommen aus der Sackgasse zu ermöglichen, haben die kommunistischen Parteigänger die Gewerkschaften zu spalten. Je größer das Glied, um so ausführlicher blüht der Weizen der KPD. Deshalb sollen die Gewerkschaften, deren Erzielen und Wirklichkeit ein festes Ringen gegen die Verleumdung der Arbeiterklasse ist, um jeden Preis gespalten und erledigt werden. Um trotzdem der Arbeiterklasse dieses heilig ererbte Ziel so gut als möglich zu verfechten, wird im gleichen Atemzug zur Mittelgliederwerbung für dieselben Gewerkschaften aufgerufen, deren Vernichtung Lebenszweck des kommunistischen Strebens ist. Mit der Aufhebung dieses Hereneinmaleins haben die Moskauer Spaltungspropagandisten aber wesentliches Terrain verloren. Wer seine Gegner und seine Methoden kennt, ist nicht mehr zu überraschen.

Entsprechend diesen Kapedistischen Parteibefehlen ist nun die KPD-Prese und die ihr nachlaufende, sich Opposition nennende Gruppe von Gewerkschaftsreformisten tätig. Dabei wird ein Unsin in verpackt und ein solches Maß von Niedertracht und Gemeinheit aufgebracht, daß man, wenn man es nicht mit eigenen Augen sehen würde, sich streuen würde zu glauben, daß es Arbeiter gibt, die sich für solche Schandarbeit hergeben. Steht da in der KPD-Prese folgender blühende Unsin, der allerdings für den Grad der Verrücktheit in der KPD, ein zuverlässiger Maßstab ist:

**Hör zu, Kollege!
Warum beschimpfen die Reformisten die Unorganisierten?**

Weil sie die Erhaltung einer großen Zahl von Unorganisierten wollen. Sie können dann die Schuld für die schlechten Arbeitsbedingungen, für den Abbruch der Lohnbewegungen oder die Abwägung von Streiks auf die Unorganisierten schieben.

Darum müssen die Unorganisierten in die Gewerkschaften eintreten und gemeinsam mit der Opposition die sozialdemokratischen Bürokraten bekämpfen.

Die Opposition tritt dafür ein, daß Vertreter der Unorganisierten, wo ihre Zahl ausschlaggebend für die Kämpfe ist, und wenn sie bereits in der Tat Schulten an Schulten mit den organisierten Kollegen gegen das Unternehmertum gekämpft haben, auf Kandidatenlisten zu Betriebsratswahl gesetzt werden. Sie will die große Masse dieser Kollegen durch praktische Teilnahme am Kampf immer fester in die Klassenfront der kämpfenden Proletariat einreihen.

Darum überall Belegschaftsversammlungen für rote Betriebsratskämpfe.

So macht die KPD, in Klassenkampf! Da sich wirkliche Gewerkschafter nicht für KPD, in die Hände mischbrauchen lassen, heben die Kapedisten die Unorganisierten, die Blauen und die Gelben auf ihren Schild. Sie sollen herangeholt werden, um gemeinsam mit den Moskauer Kommunisten zu zerlegen, was Sozialisten und Gewerkschafter in sechs Jahrzehnten mühseliger Arbeit aufgebaut haben! Für solche Verbrecherarbeit geben sich eben auch nur Unorganisierte her. Deshalb, ihr Blauen und Gelben, kommt in die Arme der KPD, in die Arme der „Opposition“. Sie „tritt dafür ein, daß ihr auf Kandidatenlisten zur Betriebsratswahl gesetzt“ werde. — Euch aber, die ihr euch „Opposition“ nennt, sei gesagt, daß es fürwahr eine schlechte Sache sein muß, für die ihr Unorganisierte heranziehen sollt. Und es ist eine verflucht schlechte Sache! Unwürdig eines freien Mannes, „würdig“ allerdings für Lakaien, die vor Diktatorenthronen auf dem Bauch rutschen. Wer sich ein Lakai bleiben will, dem werden die deutschen Gewerkschaften zu begeben wollen! Dieser jeder seine Bundesflagge! Diese Mahnung undiefe Rat sei hiermit nochmals ausdrücklich unterstrichen!

Warum Senkung des Reichsbankdiskonts?

Die deutsche Reichsbank hat den offiziellen Diskont (Zinssfuß) von 7 auf 6 Prozent gesenkt. Das war eine Notwendigkeit, die sich nicht mehr umgehen ließ. Dennoch ist der jetzt geltende Diskontsatz noch sehr hoch. Es gibt nur wenige Länder, und zwar nur solche minderer Bedeutung, die mit einem so hohen Zinssfuß zu rechnen haben. Was verlangt die Reichsbank zu diesem Schritt? Das Zentralbankinstitut hatte die Fälligkeit mit dem Geldmarkt weitgehend verloren. Die Privatdiskontsätze waren durch das reichliche Geldangebot niedriger als die Zinssätze der

Reichsbank. Infolgedessen ging der Wechselbestand der Reichsbank zurück. Aufgabe des Zentralgeldinstituts soll es aber sein, den Geldmarkt zu regulieren, wozu ein enges Verhältnis zu diesem notwendig ist. — Die Reichsbank konnte diesen Schritt wagen, weil sie währungspolitisch nicht schlecht steht. Die Notendeckungverhältnisse sind sehr günstig. Die umlaufenden Noten waren am Jahreschluss durch Gold allein zu 55,4% gedeckt, durch Gold und Devisen zusammen sogar zu 58,5%. Nach dem ersten Januar ausweis ergab sich sogar eine Deckung zu 60,9 und 64,4%. Die günstigen Wirkungen der Diskontermäßigung liegen in folgendem: Der Niedergang der gegenwärtigen Konjunktur hat nicht zuletzt seine Ursache in den teuren Zinssätzen. Gehen die Sätze für Leihgeld wegen der Diskontsenkung zurück, so kann der Konjunkturdrück gebremst und der Konjunkturanstieg gefördert werden. Die Wirtschaft erhält somit eine wertvolle Stütze. Leberdes wird die enge Verbindung mit den offenen Sätzen des Geldmarktes wieder hergestellt. Aus diesen Gründen ist die Senkung des Reichsbankdiskonts auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu begrüßen.

Allerdings stehen dem auch Bedenken entgegen. Diese haben das Reichsbankdirektorium wohl auch bedogen, nur eine geringe Senkung vorzunehmen. Die Schwierigkeiten werden unter folgendem Gesichtswinkel gesehen: Deutschland ist nach wie vor auf die Kapitalzufuhr aus dem Ausland angewiesen. Dies geschieht jedoch nur, wenn die Kapitalanlage in Deutschland lohnend ist, das heißt hohe Zinsen bringt. Niedrige Zinssätze bewirken, daß Auslandskredite nicht mehr herbeikommen oder zurückgezahlt werden. Da aber die deutschen Zinssätze noch immer sehr hoch liegen, ist die Gefahr im Augenblick weniger zu befürchten. Eine gewisse Stockung wird allerdings eintreten. Ein Umstand, der aber durch die guten Wirkungen der Diskontermäßigung ausgeglichen wird.

Bezeichnend ist es, daß aus diesem Anlaß Privatbanken nicht nur die Sätze der Sollzinsen sondern auch die der Habenzinsen herabsetzen. Die sehr hohe Spanne zwischen den Zinssätzen der Einlagen und der Ausleihungen bleibt also bestehen. Die Privatbanken verlangen immer Hilfe von der Reichsbank, aber selbst einmal der Wirtschaft eine Erleichterung zu verschaffen, dazu reicht die Einsicht nicht. Das könnte ja dem Profitstreben der Geldhändler Abbruch tun.

Die Mond-Turner-Krise in England.

Schneller als man glaubte, zeigt sich in dem so schön aufgebauten und vom letzten Kongreß der Trade Unions angenommenen Plan des bekannten Mond-Turner-Ausschusses ein Riß. Bei der Ausarbeitung des Planes dachte man an alles. Auch rein gar nichts fehlte darin. Nur über eines schwebte sich der Plan aus: Wie er soll ihn in die Praxis umsetzen und wie soll das geschehen? Es war ja bekannt, die Unternehmerteile des Ausschusses hatte kein Mandat. Der frühere Sir Alfred Mond, jetzt Lord Reichsrat, folgte seinen eigenen Erleben. Er wachte sich gleichgültig einflussreiche Unternehmer, die sich als „Komitee“ an den Generalrat der Gewerkschaften wandten. Gemüht tauchen auch zur Zeit der gemeinsamen Beratungen Zweifel auf, ob die Spitzenorganisationen der Unternehmer den Plan des „inoffiziellen Komitees“ wohl anerkennen würden. Man verließ sich eben auf die „öffentliche Meinung“, die schon den notwendigen Druck ausüben werde.

Seit dem Kongreß der Trade Unions sind nun Monate dahingegangen, ohne daß man vom Glück kam. Endlich sind Meldungen in die Öffentlichkeit gedrungen, derart, die verantwortlichen Unternehmerrorganisationen weigerten sich, den Plan in seiner jetzigen Form zu akzeptieren. Ehe man zur praktischen Durchführung des Planes komme, müsse er einer radikalen „Revision“ unterzogen werden. — Es entsteht auch die Frage, was eigentlich der große Ausschuß tun soll. Der Leidgebanke der Mond-Turner-Idee mündet in der Schaffung eines Wirtschaftsrats. Was aber ist die Aufgabe eines solchen Rates? Es ist richtig, sein Aufgabenkreis liegt in den Vorstufen des Ausschusses begründet. Die zwei wichtigsten Vorschläge sind: 1. Soll der Wirtschaftsrat als Generalführungsorgan fungieren? 2. Soll er durch Rationalisierung oder sonstwie der alles beherrschenden Wirtschaftskrise auf den Leib rücken? Zweifellos würde man beim ersten Punkt wohl praktisch eingreifen, wenn große Streiks in der Luft wären, was aber nicht der Fall ist. Ganz anders liegt es bei Punkt zwei. Da stellt sich nun heraus, daß die Sache durchaus nicht so einfach ist. Wenn wie und wo soll angefangen werden? Vor allem ist da die ganz verwickelte Frage der einzelnen Industrien in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen. Von der tiefstehenden Krise sind nicht alle Industrien im gleichen Maße ergriffen. Es gibt einen Unterschied zu machen zwischen „alten“ und „neuen“ Industrien. Die sogenannte Mond-Gruppe vertritt die „neue“ Industrie: Chemie, Motor- und Autobetrieb, Teile der Baumwollindustrie. Diese Industrien sind von der Krise wenig oder gar nicht erfaßt. Die „alten“ Industrien: Kohle, Schwermetallindustrie, Teile der Textilindustrie — hier ist der eigentliche Krisenherd. Die den Mond-Turner-Ausschluß bildenden Unternehmer gehören nun zur zweiten Kategorie. Das Problem der Rationalisierung spielt in der neuen Industrie eine ganz andere Rolle als bei der alten. Die Fabriken der ersten sind schon modern eingerichtet, die der letzteren befinden sich teilweise im gleichen Zustand wie vor fünfzig Jahren. Hierüber ist der Zeitgeist unbeschäftigt dahingezogen und sorglos wurde bis zum Kriege an der „guten alten Zeit“ festgehalten. Hier tobt der Individualismus, das „freie Spiel der Kräfte“ noch wie ebem und führt einen Kampf auf Leben und Tod. In diesem Zusammenhang soll nun der Mond-Turner-Ausschluß hineinleuchten nach der Devise: Es werde Licht!

Allerdings: daß es mit dem „freien Spiel der Kräfte“ aus ist, pfeifen die Späßen von den Dächern. Die „alte“ Industrie wird sich an die neuen Formen und Methoden gewöhnen müssen. Jedoch ist das nicht so leicht. Die Unternehmerrgruppen wollen sich aus der Patsche ziehen mit Industriezweigen, Lohnbrüden und Arbeitszeitverlängerung, wie das die Kohlenunternehmer 1928 taten und die Textilunternehmer es jetzt vorhaben. — Jedoch wäre es verfehlt zu glauben, die Bemühungen des Mond-Turner-

Ausschusses endeten mit einem vollen Flasko. Was Schürbruch erleidet ist die Form, nicht aber die Sache. Schon als der Plan das Licht der Welt erblickte, gab es über die Möglichkeit der Durchführung Zweifel. Der Hauptfehler liegt eben an der Angst vor dem gesetzlichen Eingriff. Hier zeigt sich, daß nicht nur die Unternehmer, nein, auch die Gewerkschaften über den Ideenkreis des „liberalen Zeitalters“ nur schlecht hinauskommen. Verwundert fragt man sich, warum der Mond-Turner-Ausschluß nicht veruchte, die bestehenden Einrichtungen auszubauen, anstatt etwas ganz Neues schaffen zu wollen.

Was man ursprünglich versäumte, scheint nun nachgeholt zu werden. Das ist das sogenannte Whitley Council Gesetz, oder: Industrial Council Act (paritätische Industrie-Räte), das für jede Industrie paritätische Räte vorschreibt, zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Hier soll nun der Hebel in Bewegung gesetzt werden. Ueber die Nützlichkeit solcher Ausschüsse hat es in der Vergangenheit viel Auseinandersetzungen in Gewerkschaftskreisen gegeben. Ein Teil der großen Verbände legte sich der Schaffung solcher Industrierräte zu Wehr. Trotzdem sind etwa Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von dem Gesetz erfaßt. Die Sozialdemokratischen Arbeiter, die bis jetzt von diesem Räteystem nichts wissen wollten, stehen im Begriff einen Rat ins Leben zu rufen. Schon ist darüber mit den in Frage kommenden Unternehmerorganisationen verhandelt worden. Auch in anderen Industrien sind Industrierräte im Entstehen begriffen. Auf diese Weise glaubt man den Plänen des Mond-Turner-Ausschusses Leben einflößen zu können. Warten wir also ab. — Es sei noch erwähnt, für das gesamte Druckergewerbe besteht seit 1919 ein Industrie-Rat und die verschiedensten Zweige der Industrie haben mit ihm die besten Erfolge erzielt.

Am die Haushaltsbuchführer!

Der Einfachheit halber sollen auf diesem Wege die zahlreichen Anfragen beantwortet werden, die mit den ausgefüllten Januarbogen beim Bundesvorstand eingegangen sind. Am häufigsten herrscht noch Unklarheit über die Buchung der Erträge aus eigener Wirtschaft oder eigenem Garten. Hierzu diene nochmals folgendes zur Erläuterung: Die Erträge aus eigener Wirtschaft sind nur einmal, und zwar nur unter II einzutragen. Dabei ist die Menge und der Marktpreis anzugeben. Soweit sind nur wenige Fehler gemacht worden. Sie mehrten sich erst bei der Frage: Wann sollen die Erträge aus eigener Wirtschaft eingetragen werden? Dies soll, wie auch aus den Vordrucken ersichtlich ist, in der Woche geschehen, in der das betreffende Erzeugnis geerntet wird. Insbesondere sind Haushaltsbuchführer durch ihre vorhandenen Vorräte verwirrt worden, indem sie sich sagten; meine Haushaltsrechnung gibt doch ein ganz falsches Bild, wenn wenn sie nicht den gesamten Verbrauch enthält. Ein Teil dieser Kollegen hat daher in der ersten Januarwoche die ganzen Vorräte eingetragen. Ein anderer Teil bucht, offenbar schätzungsweise, jeweils unter Rubrik II jeweils den wöchentlichen Verbrauch. Beide Arten von Eintragungen machen die Delantaufzeichnungen nicht wertlos. Wer bei Beginn des Jahres seinen gesamten Vorrat an Erzeugnissen aus eigener Wirtschaft eingetragen hat, kann deswegen ruhig auch seine Eingänge bei der nächsten Ernte buchen. Zur muß er dann am Schluss des Jahres seine noch vorhandenen Vorrat angeben, damit dieser abgezogen werden kann. Hat ein Haushaltsbuchführer jeweils die wöchentliche Menge seines Verbrauches aus eigener Wirtschaft gebucht, so steht der Vorratbuchung dieser Form nur dann nichts entgegen, wenn die Feststellung der Mengen nicht oberflächlich, sondern gewissenhaft geschieht.

Selbstverständlich ist auch der Druckfehler in der Anweisung für die Buchführung nicht ganz ohne Folgen geblieben. Die dadurch entstandenen Fehler (doppelte Buchung der Erträge aus eigener Wirtschaft) sind aber in den meisten Fällen un schwer richtig zu stellen. Mandant tauchten Zweifel darüber auf, was alles zu den Erträgen aus eigener Wirtschaft zu rechnen sei. So zum Beispiel Legehühner und in Form von Naturalien veräußerte Arbeitsleistung. Solche Zuschüsse zum Haushalt sind als Erträge aus eigener Wirtschaft zu buchen, denn sie sind ebenso auf eine Arbeitsleistung ohne ein Arbeitsverhältnis zurückzuführen, wie das zum Beispiel mit den Erträgen aus einem Strauchergarten der Fall ist. Eingehen aber ist es, daß das Fleisch eines nicht in der eigenen Wirtschaft gefütterten, sondern lediglich nur zum Schlachten gekauften Schweines nicht als Ertrag aus eigener Wirtschaft anzusehen. Dies ist eine reine Herausgabe und die Menge und der Wert des Fleisches und der Würste muß daher insgesamt unter III zu dem Datum eingetragen werden, an dem das Schwein geschlachtet wurde. Im übrigen sind den Haushaltsbuchführern auch mittels handschriftlicher Erläuterungen zur Buchung der Erträge aus eigener Wirtschaft zugegangen.

Die übrigen Anfragen beziehen sich meistens auf die Buchung von Krediteinkäufen. Gern verweisen wir nochmals auf die jedem Haushaltsbuch beigegebene Anweisung. Setz aufmerksam Durchlesen des betreffenden Abschnittes werden sich Unklarheiten von selbst beheben. Alle sonstigen Fehler, die sich bei der Durchsicht der Bogen herausstellen dürften, werden dem betreffenden Haushaltsbuchführer mitgeteilt werden. Das heißt, soweit sie nicht durch den Bearbeiter der Bogen selbst berichtigt werden können.

Nun zum bisherigen Ergebnis der Haushaltsbuchführung. Rund 1600 Kollegen hatten sich zur Übernahme der Haushaltsbuchführung bereit erklärt. Allen wurde das Material zugestellt, aber bisher sind erst 1242 ausgefüllte Januarbogen eingegangen. 30 Kollegen haben durch Einlegen des Haushaltsbuches oder der leeren Blätter zu erkennen gegeben, daß sie nicht mitmachen wollen oder nicht können. Einige haben ihre begonnenen Arbeit eingestellt. Von diesen 90 Kollegen haben die meisten wenigstens die Gründe mitgeteilt, warum sie „ausgeriffen“ sind. In einigen Fällen haben Vaugewerkschaftsvorstände die Anschriften von Kollegen angelesen, ohne daß diese etwas davon wußten. Solches Handeln kann natürlich dem Bund nur zum Schaden sein. In noch größerer Anzahl als die 90 „offenen“ Ausreißer sind anscheinend die stillschwe-

genden. Es fehlen noch rund 280 Wogen. Soweit Hausbuchführer ihre ausgefüllten Wogen noch nicht abgegeben haben, werden sie dringend ersucht, das sobald wie möglich zu tun. Wenn etwa die Buchführung leid geworden ist, nachdem er sie schon ein paar Wochen durchgeführt hatte, der möge sich nochmal eines Besseren besinnen und das Begonnene beenden. Er soll sich sagen: Was die andern 1300 Buchführer können, das kann ich auch. Je größer die Zahl der Hausbuchführer ist, desto wertvoller wird das Ergebnis der Statistik.

Die bis jetzt eingegangenen Aufzeichnungen sind mit ganz wenigen Ausnahmen alle brauchbar. In großer Anzahl sind Arbeiten dabei, die man als Muster gebrauchen könnte. Sehr viele von ihnen sind offenbar von Frauenhand geschrieben. Aber auch die von schwerer Arbeitshand gemachten Aufzeichnungen lassen ausnahmslos den Willen zu einer sauberen, brauchbaren Arbeit erkennen. Die Mühe dieser Kollegen wird besonders anerkannt werden. Durch eine laubere Ausfertigung der Aufzeichnungen wird die Bearbeitung sehr erleichtert. Möge daher jeder Hausbuchführer auch weiterhin seinen Stolz in eine gut ausgeführte Arbeit legen!

Neben alle eingegangenen Hausbuchbogen sind Spiegelbilder der besten Art. Auf ihrer ersten Seite steht das von manchen so oft gleichgültig gelesene Wort „Erwerbslos“. Was es aber für die von der Erwerbslosigkeit betroffene Familie bedeutet, das offenbart sich in keiner ganz genauen Betrachtung in den folgenden Seiten. Hier taucht kein Sonntagsgang mehr wohlfeil vor, hier bleiben nicht mehr die Krämergeschulden geheim, sondern hier bewisen düre Zahlen mit brutaler Offenheit, welche bittere Not die Familien der arbeitlosen Bauarbeiter zu ertragen haben. Aber auch die Aufzeichnungen der glücklicheren Kollegen, die in Arbeit stehen, widerlegen schlagend die Behauptung der Unternehmer von den zu hohen Löhnen der Bauarbeiter. Insofern ist also die Hausbuchstatistik des Bundes von hohem Wert für die gesamte Bauarbeiter-schaft. Das Bewußtsein, daß sie es für die Allgemeinheit tun, möge den Hausbuchführern ihre Arbeit erleichtern! Der Bundesvorstand dankt ihnen für die bisher aufgewandte Mühe und ersucht sie, auch für fernherin um ihre fleißige Mitarbeit!

Eine Herabwürdigung des Bauberufs.

Es ist notwendig, gewissen Grammophonplattenfabriken begründlich zu machen, nicht jeden Schund auf Platten aufnehmen zu lassen. Ich ging eines Tages in ein Geschäft, um mir ein paar Platten für mein Grammophon zu kaufen. Für einen aufgeklärten Arbeiter kommen natürlich doch nur Stücke in Betracht, die ihm einesfalls die Mühseligkeiten etwas erleichtern und die ernstlichen Leiden ertragen helfen, andernfalls ihm und seinen Angehörigen durch gute Wiedergabe, z. B. Opern und volkstümliche Lieder, einen Kunstgenuss bieten. In dem Laden wird gerade eine Platte gespielt, die den Maurerberuf herabwürdigt, was von ein paar jungen Leuten belacht wird. Der Maurer wird auf der Platte als der größte Faulpelz dargestellt. Der Komiker, der sich dazu herbeigelassen hat, diesen Witzsinn zu verzapfen, hat wahrhaftig keine Ahnung, unter welchen Gefahren die Bauarbeiter ihren Beruf ausüben müssen. Er soll sich einmal in das Joch der Bauarbeiter einspannen lassen, um mit ihnen bei Wind und Wetter hoch in den Lüften eine werteschöpfende Arbeit zu verrichten, dann wird er wohl ein anderes Couplet machen und sich vor sich selbst schämen, Schmutz und Schund zu verzapfen. Er wird dann das Bauhandwerk so besingen, wie es Jacob Rasquin getan hat, der unter anderem im vorletzten Vers sagt: „Du, der in Palästen wohnst, die sein Künstlerhändchen geschaffen, steh beiseit. Lehr deinen Kindern: Der ist's der die Wunderwerke zaubert aus dem Schoß der Erde; Kinder ehrt und achtet den Maurer!“ R. K., Dresden.

Leit nur Arbeiterblätter.

In der sogenannten bürgerlichen Presse machte kürzlich ein Bild die Runde, das einen sehr würdigen Beitrag zum Thema „Saisonarbeiterunterstützung“ darstellt. Unter einem Teil unserer Kollegen herrscht nämlich die Auffassung, unser Bundesvorstand hätte nicht alle erdenklichen Schritte gegen diesen Schlag gegen die Bauarbeiter unternehmen. Von einer nichtswürdigen Presse wird diese Meinung fleißig genährt und zur Sache gegen den Bundesvorstand ausgenutzt. Es ist aber nichts zu dumme, als daß es nicht sein — allerdings geistig beschränktes — Publikum fände! Doch nun zu dem Bild in der sogenannten bürgerlichen Presse. Vor mir liegt ein mir zufällig in die Hände geratenes Provinzialblatt. Es enthält ein Bild, beschriftet: „Der Bauarbeiter zu Hause“. Es ist etwas zweideutig gehalten, damit der gewöhnliche Arbeiter nicht sofort den Hohn herauskennt. Wenn ihn braucht man ja, um diese „güt-bürgerliche“ Weltanschauung abzulesen, sonst stände es schlecht um Lanteme und Dividende. Das Bild stellt einen lesenden Bauarbeiter dar, der berufsmäßig nicht auf dem Fußboden kumpelt, sondern zum Lesen seiner Zeitung arbeitsmäßig auf dem Bilderrahmen geklettert ist. Unten aber serviert seine Frau, ein Zwitlerding zwischen Ledebare, „höherer“ Tochter und Stubenmädchen, eine gute bürgerliche Mahlzeit, bestehend aus einigen Gängen, und zur Auffrischung des Geistes den dazu benötigten Wein. Der bürgerliche Spieler schließt also aus diesem Bilde, das ausgerechnet bei starkem Frost und im Zeichen ungeheurer Arbeitslosigkeit erscheint, daß unsere Kollegen bei der Saisonarbeiterunterstützung ein wunderbares Schlaraffenland führen können. Wie es in Wirklichkeit ist, wissen wir alle aus eigener Anschauung, wir erleben es ja tagtäglich am eigenen Körper.

Es gehört schon ein großes Stück Frechheit dazu, sich in dieser Weise über das Elend von hunderttausenden Bauarbeitern und ihrer Familien lustig zu machen. Unsere Kollegen mögen daran erkennen, daß es den Herausgebern und Aufsehern solcher Blätter nur um die lauer verdienten Groschen der Bauarbeiter zu tun ist. Ihre Wohlwollensgeister streichen sie mit Webagen ein und sie qualifizieren dafür mit Hohn und Spott. Darum, Kollegen, wacht endlich auf! hinaus mit der bürgerlichen Presse

aus Eurem Hause, lest den „Grundstein“ und abonniert die sozialistische Arbeiterpresse! Nur sie vertreten die Belange der Kollegen in nachhaltiger und würdiger Weise! Erich Eckert, Werbau.

Aus der Sozialgesetzgebung

Weiterer Ausbau der Krisenfürsorge. Der Reichstag hat nunmehr einen weiteren Ausbau der Krisenfürsorge beschlossen. Die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses wurden aufgegeben. Sie betreffen: 1. die Reichsregierung zu eruchen: a) die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszuweiten; b) die Krisenfürsorge nach § 101 des Arbeitsvermittlungsgesetzes und Arbeitslosenversicherungsgesetzes abgemildert auf alle Berufsgruppen zu erstrecken, wenn die Arbeitslosen die Wartezeit von 28 Wochen nicht erfüllt haben, aber 13wöchige krankenterversicherungspflichtige Beschäftigung nachgemeldet haben; 2. die Reichsregierung zu eruchen: Die Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung für Angestellte und Arbeiter bis zum 4. Mai auszudehnen und dabei ausgesetzte Angestellte und Arbeiter nach näherer Angabe des Reichsarbeitsministers in die Krisenfürsorge wieder einzubeziehen; 3. die Reichsregierung zu eruchen: Die Reichsanstalt dahin einzuwirken, daß das Gesetz über die Sonderfürsorge für berufsunfähige Arbeitslosigkeit nicht auf solche Arbeitslose angewendet wird, die nur vorübergehend — besonders bei Notstandsarbeiten — mit Arbeiten beschäftigt sind, die sonst unter das Gesetz betreffend berufsunfähige Arbeitslosigkeit fallen. — Dieser sozialpolitische Erfolg ist den unausgesetzten Bemühungen der Gewerkschaften im Bunde mit der sozialdemokratischen

Arbeitergeld
gehört in die
Arbeiterbank!
Zukunft erheben alle Ortsausschüsse
des ADGB.

Partei zu danken. Bei der heutigen Zerissenheit des politischen Lebens ist es nicht leicht, Erfolge dieser Art durchzuführen. Bekanntlich steht die Zentrumspartei schmolend beiseite; ein regelrechtes Balgen um Minister-sitze ist bei den bürgerlichen Parteien entbrannt. Aber es ist ein wesentlicher Fortschritt, wenn die Krisenfürsorge auf alle Berufe ausgedehnt wird. Auch die übrigen Bestimmungen des Reichstagsbeschlusses sind beachtlich. Ohne langweilig erbalten die ausgesetzten Arbeitslosen eine sofortige Hilfe. Soffentlich anerkennen die Arbeiter und Angestellten die unausgesetzten Bemühungen, die im Interesse der Erhaltung ihrer Arbeitskraft von den Organen der Arbeiterbewegung geleistet werden.

Proteste gegen die Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit gehen uns immer noch zu, so unter anderem aus Mittelnwalde, Böhmig, Altengberg (Zhr.), Waagen und Wären. — Auch in diesen Orten fordern die von der Sonderregelung Betroffenen die Aufhebung des Ausnahmegesetzes und die Wiedererhebung in die ordentliche Arbeitslosenversicherung mit ihren durch entprechend hoher Beitragsleistung erworbenen Rechtsanspruch.

Infallrente neben Invalidenrente. Dadurch, daß die deutsche Sozialversicherung in verschiedene Bezüge zerfällt und daß die einzelnen Bezüge vollkommen selbständig nebeneinander bestehen, ergeben sich manche Eigentümlichkeiten. Eine besteht darin: es ist leicht möglich, daß ein Versicherter bei einem eintretenden Versicherungsfall gleichzeitig Ansprüche an zwei oder gar mehr noch Versicherungsträger stellen kann. Diese Möglichkeit tritt in allererster Linie und in den meisten Fällen bei den Unfallversicherungen ein. Wenn sie durch Unfall oder seine Folgen erworben werden und bleiben, so haben sie (sowohl die Voraussetzungen zum Erhalt der Infallrente als auch die zum Bezug der Invalidenrente erfüllt. Tatsächlich war es auch nach den früheren Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung auch möglich, daß beide Rentenarten vollkommen selbständig und voll nebeneinander gezahlt werden konnten. Durch ein Gesetz aus dem Jahre 1926 trat hierin jedoch eine Änderung dergestalt ein, daß beide Rentenarten, obgleich auf sie durch Erfüllung der Voraussetzungen ein Anspruch besteht, nicht mehr voll nebeneinander gewährt werden. Da die Bestimmung heute noch in Kraft ist, den Versicherter oder seiner oder gar nicht bekannt ist, sei auf sie einmal etwas näher eingegangen. — Der § 1311 der Reichsversicherungsordnung enthält die Vorschrift, daß in den Fällen, in denen die Erwerbsunfähigkeit eines Versicherten die Folge eines entschädigungspflichtigen Betriebsunfalles ist, nicht beide Rentenarten nebeneinander voll gewährt werden. Der Versicherter erhält die Infallrente voll und von der Invalidenrente ruht der Teil des Grundbetrages, der dem vom Versicherten bezogenen Teil der Vollrente aus der Unfallversicherung entspricht. Gilt die Invalidität wegen später eintretender Verschlimmerung der Unfallfolgen nachträglich als Folge des Unfalles, so darf die Ruhevorschrift nicht zur Kürzung des bisherigen Gesamtrentenbetrages angewendet werden. Eine ähnliche Ruhevorschrift wie oben gilt auch für den Bezug der Renten an Hinterbliebenen. Es heißt darüber im Gesetz: „If der Tod eines Versicherten Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles, so ruht neben der Rente aus der Unfallversicherung der Grundbetrag der Hinterbliebenenrente

aus der Invalidenversicherung. Das Ruhen eines Rentenbetrages tritt erst dann ein, wenn die Unfallrente wirklich gewährt wird. Der ruhende Betrag darf den Betrag der Unfallrente nicht übersteigen.“ Wie eben geschichteten Bestimmungen gelten nur für die Fälle, in denen die Rentengewährung beider Versicherungen aus der gleichen Ursache, nämlich dem Betriebsunfall und seinen Folgen, geschieht. — Aber auch dann, wenn eine Rentenleistung aus beiden Versicherungen aus vollkommen getrennten Ursachen geschieht, wenn also die Invalidität nicht Folge eines Betriebsunfalles ist, werden beide Renten nur unter gewissen Voraussetzungen nebeneinander in voller Höhe gewährt. Es heißt hierüber in § 1311a der Reichsversicherungsordnung: „Neben reichsgesetzlichen Unfallrenten ruht die Invalidenrente, soweit die Gesamtbezüge den Jahresarbeitsverdienst übersteigen, den in derselben Gegend ein gesunder Arbeiter der Berufsgruppe erzielt, der der Versicherte bei im wesentlichen ungeschwächter Arbeitskraft nicht nur vorübergehend angehört hat.“ Diese Bestimmung geht von dem Standpunkt aus, daß der Renteneinpänger wirtschaftlich nicht besser gestellt sein soll als der gleichartige Berufskollege, der seinen Lebensunterhalt durch den Verkauf seiner Arbeitskraft bestreift. Ähnliche Bestimmungen bestehen auch für den Bezug von Hinterbliebenenrenten. Die Gesamtbezüge aus Renten dürfen bei einer Witwe 50 % des eben erwähnten Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen. Bei Witwenrenten ruhen die Beträge, die 20 % des Jahresarbeitsverdienstes übersteigen. Treffen mehrere Hinterbliebenenrenten mit reichsgesetzlichen Unfallrenten zusammen so ruhen sie nach dem Verhältnis ihrer Höhe, soweit die Gesamtbezüge aller Hinterbliebenen 80 % des Jahresarbeitsverdienstes übersteigen. Wichtig ist auch, daß ein Renteneinpänger, der ganz gleich aus welcher Ursache Rente sowohl aus der Invaliden- als auch der Unfallversicherung bezieht, einmaligen Kinderzuschlag ebenfalls nicht zweimal erhält. Ruch ruht der Kinderzuschlag der Invalidenrente bis zur Höhe der Kinderzulage der Unfallversicherung. — Es ist erklärlich, daß diese Bestimmungen, die nur in ihren Grundzügen wiedergegeben sind, in der Praxis zu mancherlei Streitfällen Anlaß geben. Die oberste Spruchbehörde der Arbeiterversicherung, das Reichsversicherungsamt, hat sich immer wieder mit diesen Fragen beschäftigt. Die ergangenen Entscheidungen bringen manche Klarheit. Eine der wichtigsten Entscheidungen in dieser Frage ist unstreitbar die, daß die soeben geschichteten Ruhevorschriften dann nicht eintreten, wenn die Rente aus der Invalidenversicherung wegen Vollendung des 65. Lebensjahres bewilligt war. (Entscheidung vom 17. Dezember 1927.) Wenn also ein Versicherter infolge Erreichens des 65. Lebensjahres die sogenannte „Altersrente“ erhält, erhält er eine etwa früher schon gezahlte Infallrente in vollem Umfange weiter. Ebenfalls finden die Ruhevorschriften keine Anwendung, wenn neben einer aus eigener Versicherung erworbenen Invalidenrente die Rente noch aus der Unfallversicherung Infallrente erhält. (Entscheidung vom 19. Januar 1928.) Diese Möglichkeit kann dann eintreten, wenn die Frau eines durch Unfall Getöteten Hinterbliebenenrente aus der Unfallversicherung bezieht und daneben noch aus ihrer eigenen Versicherung eine Rente aus der Invalidenversicherung. Eine weitere Entscheidung vom 5. Juni 1928 verleiht das Gegenstück zu der eben wiedergegebenen. Es heißt da: „Der Bezug der Infallrente aus eigener Versicherung ist ohne Einfluß auf den Bezug der Invalidenrentenrenten.“

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gelpert sind in Buxtehude das Baugeschäft Sörensen, in Delmenhorst die Baustelle F. Rabert und die Arbeiterarbeiten der Firma Holländer aus Lachen auf der Pulverfabrik Troisdorf bei Vorn.

Gliesenleger: Zugung nach Rostock ist fernzuhalten. Gelpert ist in Halle das Baugeschäft Albert Schüte & Co.

Töpfer: In Oldenburg-Oldrisland, mit den Städten Embden, Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshaven streiken die Ofenleier. In Zeitz sind die Ofenleiergeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhmke gelpert, in Strassburg i. L. wegen Lohnbifferenzen das Ofenleiergeschäft Richard Klein Schmidt, in Burg bei Magdeburg Ahlemann.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

Falsch! **Richtig!**

Fußtallen und falsch untergebrachte Sezüge gefährden den Kameraden. **Axt und Hacke fest einklemmen! Säge mit dem Blatt nach unten!**

Vorausgegeben im Auftrag des Verbandes der Deutschen Berufs-schweizer durch die Unfallversicherungs-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin W. 9.



Für Heim und Familie



Kameraden.

Das Kriegsbuch eines unbekannten Soldaten „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque schildert das aufwühlende Erlebnis einer Generation, die von der Schuttlung in den Schützengräben zog und unter Blut und Tod ihre Jugend begrub. Den Vertrieb des Buches in Generalkontaktsstellen hat die Verlags-Gesellschaft des V.D.D., Berlin E. 14, Festschriftstraße 6a, übernommen; Bestellungen sind dorthin zu richten.

Neben mir sitzt eine kleine Granate. Ich habe sie nicht kommen gehört und erschrecke heftig. Im gleichen Augenblick saßt mich eine sinnlose Angst. Ich bin hier allein und fast hilflos im Dunkeln — vielleicht beobachten mich längst aus einem Trichter hervor zwei andere Augen, und eine Handgranate liegt wurfertig bereit, mich zu zerschellen. Ich versuche, mich aufzuraffen. Es ist nicht meine erste Patrouille und auch keine besonders gefährliche. Aber es ist meine erste nach dem Urlaub, und außerdem ist mir das Gelände noch ziemlich fremd.

Ich mache mir klar, daß meine Aufregung Unsinn ist, daß im Dunkeln wahrscheinlich gar nichts lauert, weil sonst nicht so flach geschossen würde.

Es ist vergeblich. In wirrem Durcheinander summen mir die Gedanken im Schädel — ich höre die warnende Stimme meiner Mutter, ich sehe die Ruffen mit den wehenden Bärten am Gitter lehnen, ich habe die helle, wunderbare Vorstellung einer Kantine mit Sesseln, eines Kinos in Valenciennes, ich sehe quälend, scheußlich in meiner Einbildung eine graue, gefühllose Gesehrmündung, die lauernd, lautlos mitgeht, wie ich auch den Kopf zu wenden versuche; mir bricht der Schweiß aus allen Poren.

Immer noch liege ich in meiner Mulde. Ich sehe auf die Uhr: es sind erst einige Minuten vergangen. Meine Stirn ist naß, meine Augenhöhlen sind feucht, die Hände zittern, und ich keuche leise. Es ist nichts anderes als ein fürchtbarer Angstfall, eine einfach gemeine Hundeangst davor, den Kopf herauszustrecken und weiterzukriechen.

Wie ein Bret zerquillt meine Anspannung zu dem Wunsch, liegenbleiben zu können. Meine Glieder kleben am Boden, ich mache einen vergeblichen Versuch — sie wollen sich nicht lösen. Ich presse mich an die Erde, ich kann nicht vorwärts; ich falle den Entschluß, liegenzubleiben.

Aber sofort überfällt mich die Welle erneut, eine Welle aus Scham, Reue und doch auch Geborgenheit. Ich erhebe mich ein wenig, um Aufschau zu halten. Meine Augen brennen, so stark ich in das Dunkel. Eine Leuchtkugel geht hoch; ich ducke mich nieder.

Ich kämpfe einen sinnlosen, wirren Kampf; ich will aus der Mulde heraus und rutsche doch wieder hinein; ich sage: „Du mußt, es sind keine Kameraden, es ist ja nicht irgendein dummer Befehl!“ — und gleich darauf: „Was geht es mich an, ich habe nur ein Leben zu verlieren.“

„Das macht alles dieser Urlaub“, entschuldige ich mich erbittert. Aber ich glaube es selbst nicht; mir wird entschuldigend klar. Ich erhebe mich langsam und stemme die Arme vor, ziehe den Rücken nach und liege jetzt halb auf dem Rande des Trichters.

Da vernehme ich Geräusche und zucke zurück. Man hört froh des Artillerieartems verdächtige Geräusche genau. Ich lausche: das Geräusch ist hinter mir. Es sind Leute von uns, die durch den Graben gehen. Nun höre ich auch gedämpfte Stimmen. Es könnte dem Lone nach Kat sein, der da spricht.

Eine ungemaine Wärme durchflutet mich mit einmal. Diese Stimmen, diese wenigen leisen Worte, diese Schritte im Graben hinter mir reißten mich mit einem Ruck aus der furchterlichen Vereinsamung der Todesangst, der ich beinahe verfallen wäre. Sie sind mehr als mein Leben, diese Stimmen, sie sind mehr als Mütterlichkeit und Angst, sie sind das Stärkste und Schönste, was es überhaupt gibt: es sind die Stimmen meiner Kameraden.

Ich bin nicht mehr ein zitterndes Stück Dasein allein im Dunkeln — ich gehöre zu ihnen, und sie zu mir, wir haben alle die gleiche Angst und das gleiche Leben, wir sind verbunden auf eine einfache, schwere Art. Ich möchte mein Gesicht in sie hineinrücken, in diese Stimmen, diese paar Worte, die mich gerettet haben und die mir beistehen werden.

Der Kaltblütige.

Karl Hagenbeck, wollend Westler des Tierparks in Stellingen bei Hamburg, benötigt eines Tages eines Tierwärters. Er inseriert im „Hamburger Fremdenblatt“:

Energischer, kaltblütiger und kräftiger junger Mann findet dauernde und lohnende Stellung. Zu melden am Freitagmorgen, 10 Uhr, in Stellingen. Karl Hagenbeck.

Letze, ein Ewerfahrer, der arbeitslos ist und seinen Beruf wechseln möchte, liest die Anzeige. Am andern Tage wirft er sich in seinen besten Wids und ist punkt 10 Uhr an Ort und Stelle.

Hagenbeck läßt ihn eintreten und betrachtet wohlgefällig den Letze, der vierfährig in Figur und mit furchtlosem Blick dasteht. Hagenbeck fragt ihn: „Haben Sie auch Courage?“ Worauf Letze deutlich mit „Ja“ antwortet.

„Dann stellen Sie sich mal an den Ofenschirm dort!“ Hagenbeck nimmt einen Bronzing aus seinem Schreibtisch, zieht und schließt Letze durch den linken Hochschuß. Letze rührt sich nicht. Hagenbeck wiederholt das nochmals und trifft den rechten Hochschuß. Letze rührt sich immer noch nicht.

„Gut“, sagt Hagenbeck, „Sie sind engagiert. Den Rock bezahle ich Ihnen natürlich.“ Und er legt dem Letze 40 M. hin. Letze streicht das Geld ein und sagt dann bescheiden: „Herr Hagenbeck, was bekomme ich denn aber für die Hölse?“

Hagenbeck sagt verwundert: „In die Hölse habe ich Sie doch nicht geschossen!“ Worauf Letze prompt antwortet: „Aber ja!“

Willen im Winter.



Sie starren mich an aus bliden Olohaugen. Fröstelnd wend ich mich ab; Geheimer Schauer schwirrender Unbuddsamkeit Beengt mir den Schädel, hämmert und pocht im Angesicht dieser Prachtbauten, die wir mit schwie-Wunden Schultern und ägendem Schweiß, fligen Fäusten, Wie giftige Scharoher emporgetrieben. So sehn sie nun drohend und öde, Von den Bewohnern verlassen. Dampfende Nebel umflattern in eiliger Scheu Ornamentgeschmückte Fassaden Und grüßige Erker. Blinde Fenster und stumm drohende Türme Versprechen selbst die gefrästigen Spagen. Hier, Bruder Prolet, Saugt man im Sommer Die Kraft deines geschundenen Körpers Aus mattschlagenden Adern; Treibt dich zum Wahnsinn, Zur Verzweiflung, zum Tod! Ha! — Tod — der aus Spalten und Winkeln jetzt lauert Dieser verfluchten, starren Herrlichkeit! Wirbelndem Schnee weicht der wallende Nebel, Deckt das Gebilde spukhaft in Schweigsamkeit. Eilig gleiten Passanten vorüber; Aengstliche Blicke auf das Gemäuer werfernd, Treibt sie gruselnb der Moloch von dannen, Der hier sein Unwesen schroff offenbart In Gesellschaft der Ratten und Mäuse. Ja — Ratten und Mäuse Beherbergen sie auch im Sommer — Diese Willen im Winter! Artur Krachten.

Defraudanten.

Skitze von Willy Wagner-Stürmer.

Ignaz Goldt ist keine ehrliche Haut, stärkste der Chef der Firma Brochaff & Co. menschenkundig vor sich hin und dachte dabei trotzdem an Gehaltsaufbesserung. Er warf



liebevoll einen Blick durch die Kontorscheiben nach dem jungen Manne der krumm über dem dicken Hauptbuch lag. Ich werde ihn befördern, dachte der Chef des Bankhauses weiter und setzte den Gedanken sogleich in die Tat um.

Nach wenigen Sekunden stand der Berufsdefraudant Ignaz Goldt vor ihm. Demütig, mit dem treuen Blick in den Augen, den er seit jenen Jahren hinter schwedischen Gardinen nicht mehr los wurde. Dieser Blick war ihm eigen gemorden, er war das Glanzstück seiner Maske. Ihm verdankte er seine Stellung und dieser treue Blick war

schuld an seinem Aufstieg. Ignaz Goldt wußte das. Selbst auf seinem Sterbebief war er stets als besonderes Merkmal verzeichnet.

„Herr Goldt“, sagte der Chef und strahlte vor innerem Vergnügen, während er seinem Angestellten gläubig in die treuen Augen schaute, „ich trage mich mit dem Gedanken, Sie zu befördern.“

Ignaz Goldt nickte schweigend und ergeben mit dem Kopfe, als sei das etwas Selbstverständliches. Nur seine treuen Augen zeigten für Sekunden ein gefährliches Glimmen.

„Ich werde Sie zum Hauptkassierer machen und Ihnen ein Duplikat von dem Kassenschriftstück ausshändigen. Hoffentlich werden Sie mein Vertrauen zu würdigen wissen.“

Goldt legte ergeben die Finger aufs Herz, verbeugte sich und fand vor freudigem Schreck keine Worte. Das war mehr als er in seinen kühnsten Träumen je erwartet hatte. Der Chef soll sich nicht in mir täuschen, dachte Ignaz Goldt. Fast hätte er damit selbst an seine Ehrlichkeit geglaubt.

Seit jenem Tage häutete er den großen Treior. Der Blick seiner Augen war noch demütiger geworden, er verzog den Rücken über dem Hauptbuch wie ein Alkrobat und verließ täglich als Letzter das Bankhaus Brochaff & Co.

Irgendeln neugewonnener Kunde hatte bei der etwas anrühigen Firma mehrere Millionen in neuen Kronenscheinen deponiert, erklärte ihm der Chef eines Morgens, als Goldt sich an vergangener Tage einen falschen Paß verschafft hatte. Dafür wäre die Gelegenheit jetzt so günstig, dachte Goldt und überrechnete schon leise seinen Gewinn.

Am nächsten Morgen mußte der Chef tatsächlich verreisen für mehrere Tage.

„Herr Goldt“, sagte er und strahlte vor innerem Vergnügen, während er seinem Angestellten gläubig in die



Pupillen sah, „ich werde verreisen müssen und überlasse Ihnen für diese Zeit die Aufsicht über die Firma. Ich hoffe, daß Sie mein Vertrauen zu würdigen wissen.“

Und abermals legte der Angestellte die Finger auf das Herz und verbeugte sich ergeben.

Damit hielt Ignaz Goldt die ersehnte günstige Gelegenheit für gekommen. Die Bahn war frei.

Als der menschenkundige Chef nach einigen Tagen wiederkam, war sein Vertreter mit den treuen Augen verschwunden und mit ihm jenes Millionendepot nagelneuer Kronenscheine irgendeines Kunden. Der Chef hatte dies ermarket. Die Polizei jagte Sterbedriefe hinter dem wohlbekanntesten Defraudanten her, Brochaff jammerte über seine schlechten Menschenkenntnisse und die Versicherungsgesellschaft zahlte irgendeinem Kunden drei Millionen Kronen aus.

Der Defraudant Ignaz Goldt mußte jedoch nach einiger Zeit im Auslande stehend die traurige Feststellung machen, daß seine Beute aus falschen Notizen bestand. Nach der vorzüglichen Maske und der reichen Erfahrungen.

Die Firma Brochaff & Co. war wenige Tage vorher in andere Hände übergegangen. Ihr menschenkundiger Chef aber verschwand mit den drei echten Millionen der Versicherungsgesellschaft in Brasilien und lebt dort unter falscher Flagge glücklich und zufriedeln!

Wahre Geschichten.

Zwei unserer neureichen Damen unterhalten sich. „An was meinen Sie, Frau Pieske,“ sagt Frau Eckerich, „was meinen Sie, lesern bin ich mit der Linie 1 zum Zoologischen lesahren und da ich neben mir wohlhaftigenoffts der Herr Rajfael, wissen Sie, Frau Pieske, der berühmte Maler, der, wo die schätzinische Kapelle jemalt hat!“ „Am Jokesmilien, Frau Eckerich, lagen Sie das nich laut, was Sie da lesart haben. Sie würden sich janz schredlich blamieren in der schilfen Jellschafft! Denn de Linie 1 fährt ja janzum Zoologischen!“

Der Wayer in Oesterreich.

Reisender: „Grauben Sie, Herr Zugführer, vor 20 Minuten hätten mir die Station verlassen müssen; warum bleibt der Zug hier so lang stehen?“ — Schaffner: „Sehr einfach, Herr, weil bei uns in Oesterreich die Zug hintereinander fahr'n müass'n, bei Cabna in Wapern aufanander nauffahr'n derf'n.“

Aus den Baugewerkschaften

Harmen-Elberfeld. In unserer Generalversammlung am 27. Januar waren 95 % der Vertreter anwesend. Das Jahr 1928 kann als ein erfolgreiches Jahr bezeichnet werden. 149 Baulegitime waren angemeldet, was gegenüber dem Vorjahr ein wesentlicher Fortschritt ist. Die Schlichtungskommission wurde in 34 Fällen, das Arbeitsgericht in 22, das Landesarbeitsgericht in 5 und das Reichsarbeitsgericht in 2 Fällen angerufen. Lehrlingsfreistellungen wurden 4 ausgetreten. Die Bautätigkeit war etwas schlechter als im Jahre 1927. Trotzdem waren durchschnittlich alle Kollegen beschäftigt. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahr von 2295 auf 2634. Nach der Juli-Statistik sind aber allein immer noch rund 500 Arbeiter im Hochbau unorganisiert. Es muß alles getan werden, um sie unsern Bund zuzuführen. Die Jugendbewegung hat sich gut entwickelt. Am dem Jugendfest in Hamburg nahmen 21 Jugendkollegen teil. Aller 14 Tage wurden Jugendabende abgehalten, die etwa von 15 bis 20 Kollegen besucht waren. Für alle Fachgruppen bestanden Besprechungen. Das Zusammenarbeiten zwischen Vorstand, Fachgruppen und Zahlstellen war gut. Beschwerden wurden nicht erhoben. Für die Bundeskasse sind im Berichtsjahr 138 683 M. eingenommen und 133 403,51 M. ausgegeben worden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 74 635,95 M. und eine Ausgabe von 48 656,24 M., so daß der Kassenbestand 25 979,71 M. beträgt. Dem Kassierer und dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. In den Vorhand wurden die Kollegen Reiß, Erfurt, Landowski, Sauer und Maar gewählt. Kassierer sind Schwarz, Jäger und Belgauß. Ein Antrag der Zahlstelle Harmen, daß der Baugewerkschaftsvorsitzende kein Angestellter sein darf, wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt. Einstimmig wurde beschloffen, 5 S je verkaufte Verwaltungsverkäufer an die Bezirkskassen zu Entlastung der kleinen Baugewerkschaften abzuführen.

Bauten. In der am 3. Februar abgehaltenen Vertreterversammlung unserer Baugewerkschaft gab Lorenz nach dem Vorberichten geäußert worden war, den Jahresbericht. Das Jahr 1928 war in der Bautätigkeit mindestens um 10 % schwächer als 1927. Ein Teil der Bauaufträge, die für das Baujahr 1928 bestimmt waren, mußten für einen Teil der Bauten von 1927 verwendet werden. Da 1927 wegen Bauten in Angriff genommen worden sind, als Bauleiter vorhanden waren. Aus den weiteren Ausführungen des Vortragenden über die Lohnregelungen war zu ersehen, daß die Lohnzulagen nicht zufriedenstellend waren. Die Wohnungsnot ist noch nicht gemindert. Innerhalb des Baugewerkschaftsgebietes fehlen 3860 Wohnungen. Am Schluß des Jahres 1927 zählte die Baugewerkschaft 1529 Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind neu eingetretten 422, zugereist 7, von andern Verbänden übergetreten 59, zusammen 2017 Mitglieder. Abgetreten sind 62, gestorben 12, ausgeschieden 9, zu andern Verbänden übergetreten 49, wegen rückständiger Beiträge gefälligen 198 Mitglieder, so daß der Mitgliederbestand 1687 beträgt. Für die Hauptkasse wurden 77 065,58 M. eingenommen. Die Ausgabe für die Hauptkasse betrug für Streikunterstützung 1047,05 M., für Arbeitslosenunterstützung 29 041,10 M., für Krankenunterstützung 5783,05 M., für Invalidenunterstützung 918 M., für Steuerunterstützung 2518,75 M. und für Verschleißkosten 2308,39 M. Die Lokalkasse hatte am Schluß des Jahres 1927 einen Kassenbestand von 12 654,02 M. und eine Einnahme von 26 752,78 M., zusammen also 39 406,80 M., und eine Ausgabe von 22 213,84 M., so daß für die Lokalkasse ein Kassenbestand von 17 192,96 M. vorhanden ist. — Darauf sprach Spötker vom Bezirksvorstand über „Die Demokratisierung der Wirtschaft“. — Von der Zahlstelle Cuxwalle war ein Antrag eingegangen, daß ein Kollege aus Cuxwalle in den Vorstand gewählt werden solle. Der Antrag wurde abgelehnt. — Der bisherige Vorstand wurde gegen vier Stimmen wiedergewählt. Der Beirat wurde ebenfalls, mit Ausnahme eines Kollegen, der eine Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt. Die Revisoren wurden einstimmig wiedergewählt. Als Jugendbeirat wurden Karl Nieme, Großdubrau, Max Winkler, Wauhen, und Hermann

Ruffhke, Cuxwalle, gewählt. Ein Antrag, den Unterkassierer, die ihre Tätigkeit 10 Jahre ausüben, eine Vergütung von 15 M. zu gewähren, fand Annahme. Ein Antrag, die Sitzungsgelder von 1 M. auf den jeweiligen Stundenlohn eines Maurers zu erhöhen, wurde abgelehnt. Ein Antrag, jeden Monat eine Mitgliederversammlung abzuhalten, wurde abgelehnt und beschloffen, die Mitgliederversammlung so, wie es die Ortsjahrgang vorseht, nach Bedarf abzuhalten. Beschloffen wurde, eine weibliche Hilfskraft einzustellen. Der Bezirksjugendtag wird am 20. und 21. Juli in Bauten abgehalten. Die Geschäfts-fahrt, die vom Ortsausflug Bauten geplant ist, ist nach Leipzig vorgesehen. Bei den bezirklichen Lohnverhandlungen soll dahin gemerkt werden, daß Baukirch in die Lohnkasse 3 verkehrt wird. Zur Bauarbeiterbewegung und ihre Entwicklung machte Spötker noch längere Ausführungen.

Erfurt. (Gustav Jäger). Im Alter von 70 Jahren verstarb am 7. Februar unser Gustav Jäger. Als Mitbegründer des Maurereis im Jahre 1884 und des Zentralverbandes der Maurer im Jahre 1891 hat er stets in den vordersten Reihen gestanden. Immer hat Gustav Jäger seine Kraft der Organisation zur Verfügung gestellt. Viele Jahre als Polier tätig, war seine Arbeitsstelle in jeder Beziehung vorbildlich. Bei ihm konnten jene Kollegen ein Unterkommen finden, die infolge ihres Eintretens für die Organisation von den Unternehmern gemißregelt wurden. Vieles haben wir ihm zu danken. Folgen wir seinem guten Beispiel! Das ist die beste Ehrung des Andenkens unseres Gustav Jäger!

Am 27. Januar hielten wir unsere Jahresgeneralversammlung ab, in der ein Vertreter unserer Bezirksverbände, fünf Vorstandsmitglieder der Baugewerkschaft, drei Vertreter der Fachgruppen, zwei Revisoren, ein Vertreter der Jugend und 38 Zahlstellenvertreter erschienen waren. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Plätzen geäußert. — In seinem Geschäftsbericht erwähnte Folgendes, daß die Bautätigkeit im verflochtenen Jahre hätte besser sein können. Um sie zu heben, müßten die Mittel aus der Hauszinssteuer reiflos dem Wohnungsbau zugeführt werden! Unsere Wohnerböhen im Frühjahr und im Herbst sind mit kleineren Schwierigkeiten überall durchgeführt worden. Für die Fliesenleger ist nach einem Monat Streik ein Bezirksarbeitervertrag abgeschlossen und eine Lohnaufbesserung erreicht worden. Ebenfalls sind für die Altpfleger sowie für die Töpfer und für die Statuarbeiter Tarifverträge abgeschlossen worden. Unserer Jugendabteilung gehören 208 Jugendliche an. Es muß alles daran gesetzt werden, um alle Lehrlinge der Jugendgruppe zuzuführen und daß auch die Wanabende besser besucht werden. Bei einigen Wandervereinen wurde gegen die Ueberführung der Arbeitszeit eingeschritten. Das Handlegertentum ist besser als früher, jedoch waren immer noch einige Baustellen ohne Delegierte. Die Bauarbeiterbeschäftigungen und die Unfallverhütungsvorschriften werden immer noch viel zu wenig beachtet. Mehrere Male mußten Unternehmer durch die Schlichtungsinstanzen und durch das Arbeitsgericht gezwungen werden, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten. Dazu waren insgesamt 106 Termine notwendig. — Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen nicht besonders gut. — Der Kassenabluß ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 68 055,05 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug einschließlich eines Kassenbestandes 41 461,01 M. Die Ausgabe betrug 24 800,51 M. Es verbleibt also ein Bestand von 18 660,50 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1889. — Die Jahresrechnung ergab die Notwendigkeit der Entlastung des Vorstands. Durch ein Rundschreiben soll versucht werden, einen Kollegen aus den Zahlstellen zu interessieren, auf dem Bureau mit tätig zu sein. Die Geschäftsführung wurde einstimmig entlastet und der bisherige Vorstand in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt. Für den ausgetretenen Revisor Henning wurde Schuchardt gewählt. — Darauf behandelte Meyer in ausgiebiger Weise die Sonderfürsorge für berufsunfähige Arbeitslose. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung erhebt die Jahresgeneralversammlung den schärfsten Protest gegen die Sonderbehandlung der Bauarbeiter. In Erwägung gezogen wurde noch, ob nicht in den größeren Zahlstellen selbständige Jugendabteilungen geschaffen werden können.

Schwabe. (Zahlstelle Reichenbach). Am 14. Februar tagte eine vom Baugewerksbund einberufene allgemeine Erwerbslosenversammlung, in der Braunholz über die Sonderfürsorge sprach. Die Versammlung war notwendig, um den kommunikativen Freiheiten, wie Bildung eines sogenannten Erwerbslosenausschusses, und den Verleumdungen gegen die freien Gewerkschaften ein halt zu gebieten. Das ist auch gelungen. Die Versammlung war sehr gut besucht. Mit überwältigender Mehrheit wurde eine Entschliessung angenommen, in der jede Gemeindefrat mit dem sogenannten Erwerbslosenausschuß abgelehnt und als wirkliche Interessenvertretung nur die gewerkschaftliche Organisation anerkannt wird. — Damit hat der kommunikativen Erwerbslosenrat jegliche Erfindungsbedeutung verloren. Die Erneuerung ist langsam Bahn, mögen auch einige kommunikativen Verleumder noch sehr schreien. Laß künftig die Kommunisten schon allein, meidet ihre Versammlungen, dann werden auch die großen Maulaufreißer unter ihnen bald stille werden.

Frankfurt (Oder). Unsere Vertreterversammlung am 20. Januar war von 30 Vertretern besucht. Vom Bezirksvorstand war Kollege Lehmann erschienen. Zunächst wurde in ehrender Weise der verstorbenen Kollegen gedacht. Dann gab Kollege Kuhnmann den Tätigkeitsbericht vom Jahre 1928. Auch im vergangenen Jahre ist ein gutes Stück Arbeit auf wirtschaftlichem und organisatorischem Gebiet geleistet worden. Den Kassenbericht gab der Geschäftsführer Feldner. Der Mitgliederstand stieg von 1245 auf 1573. Die Hauptkassenvereinbarung 64 300,40 M. Die Lokalkasse hatte mit dem Kassenbestand vom 1. Januar 1928 eine Einnahme von 26 472,81 M. und eine Ausgabe von 18 062,70 M.; verbleibt ein Kassenbestand von 8410,11 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Ueber die bisherigen Reichstaxi-vertragsverhandlungen gab der Bezirksvorstand Kollege Lehmann einigen Aufschluß. Im übrigen wurden der Öffentlichkeit nicht interessierende Fragen behandelt.

Meinich. (Christlicher Arbeiter). In einer öffentlichen Versammlung in Schwabach rechnete Kollege Fuchs mit dem christlichen Arbeiter Kottian ab, der verächtlich, Familienverleumdungen vor sich, indem er mit allen Mitteln und Schikanen unsere alten Kollegen, die 25 Jahre und noch länger im Baugewerksbund organisiert sind, unter der Drohung, daß sie arbeitslos würden, zum Uebertritt in den christlichen Bauarbeiterverband zwingen will. Ein Teil unserer Kollegen ist schon jahrelang in Brantshausen beschäftigt, wo der dortige Prälat viel mit Reichszulassung baut. Diese Gelegenheit benutzte Kottian, um von Haus zu Haus zu gehen und unsere Mitglieder, die nicht zum christlichen Bauarbeiterverband übertraten wollen, damit zu drohen, daß sie im Frühjahr auf der Baustelle des Prälaten nicht mehr anfangen dürfen. — Ueber die Sonderfürsorge verzapfte der noch in Kinderstube stehende christliche Arbeiterhelfer seinen Instruktor. Ihm wurde auch hierfür die selbstige Abfuhr zuteil. Selbst Anhänger Kottians erklärten, daß sie nun endlich einmal die Wahrheit gehört hätten, und künftig nicht mehr mit einem solchen Menschen zusammenarbeiten wollen. — Wenn die christliche „Baugewerkschaft“ berichtet, im Kreise Reichsbau 400 Mitglieder gewonnen zu haben, so scheint dies genau so zu erfinden zu sein, wie die Notiz, wonach sie in Rasselwitz schon 70 Mitglieder haben. In Wirklichkeit kann wohl die Null glatt weggegriffen werden.

Hannover. Am 27. Januar hielt unsere Baugewerkschaft ihre Generalversammlung ab. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Wadendorfer, Seelze und Bemerode. — Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geäußert. Hierauf erstattete Folgendes den Geschäftsbericht für das Jahr 1928. Im Gebiet unserer Baugewerkschaft war die Bautätigkeit im allgemeinen sehr gut. Wir hatten einen besonders starken Zugang von Maurern, das war in den letzten Jahren nicht der Fall. Ausgeführt wurden insgesamt 1243 Neubauten, darunter 906 Wohnhäuser. Insgesamt wurden 4297 Wohnungen geschaffen gegen 2977 im Vorjahr. Andere Bauten wurden 928 ausgeführt, darunter 10 Staatsbauten. Um- und Umbauten wurden 301 ausgeführt, die weitere 94 Wohnungen brachten. Auch wurden viele Sanierungen und sonstige Erdarbeiten ausgeführt. Auch die Waarenberufe: Töpfer, Jolierer, Fliesenleger,

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 4. Februar 1929.

Table with columns: Bezirk, Anzahl der Baugewerkschaften, Arbeitslosigkeit (insgesamt, befristet, unbefristet), and various other statistics for different regions.

Olser usw. waren im Berichtsjahr im allgemeinen gut beschäftigt. — Im Gebiet unserer Baugewerkschaft fehlen noch 17 699 Wohnungen; im Vorjahre fehlten 15 473 Wohnungen. Also trotz der bedeutenden Mehrherstellung von Wohnungen hat sich die Wohnungsnot nicht vermindert, sondern vergrößert. Im Laufe des Berichtsjahres mußte, außer im allgemeinen Baugewerbe, noch verhandelt werden um einen Tarif für die Fliesenleger. Ferner wurde ein Tarifvertrag für das Zersetzergewerbe abgeschlossen, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 % und die Verbesserung der Akkordsätze brachte. Weiter mußte verhandelt werden um den Ortsarif der Jollierer, auch hier wurde zur Zufriedenheit der Kollegen abgeschlossen. Auch der Vertrag für Kohlerer mußte erneuert werden. Auf dem Wege der Verhandlung konnte zunächst keine Einigung erzielt werden, es kam zur Arbeitsniederlegung. Nach achtzigem Streik wurden dann die Verhandlungen wieder aufgenommen und die Akkordsätze um 2 % erhöht. Für die Glaser wurde ebenfalls auf dem Wege der Verhandlung eine Lohnerhöhung von 5 % erreicht. — Ueber zwei Unternehmer mußte die Sperre verhängt werden, in dem einen Fall handelte es sich um schlechte Behandlung durch den Polier. Es wurde erreicht, daß der Polier entlassen wurde. Im andern Falle ließ die Behandlung ebenfalls zu wünschen übrig und als sich der Baudelegierte dagegen wandte, wurde er entlassen. Nach 1½tägiger Sperre wurde der Delegierte aber wieder eingestellt und bessere Behandlung versprochen. Alles in allem betrachtet, könne man mit dem Berichtsjahre zufrieden sein. Wenn es für den Einzelnen nur wenig sei, so sei doch aber festzustellen, daß insgesamt für unsere Kollegen eine Lohnerhöhung von 914 322 M herausgeholt worden sei. — Hinsichtlich des Bauarbeiterfußes muß leider gesagt werden, daß es im Berichtsjahr etwas schlechter geworden sei. Die Hauptschuld daran trägt die Akkordarbeit. Nach dem Geschäftsbericht der Hannoverischen Baugewerkschaft-Berufsgenossenschaft hat sich die Zahl der Unfälle im Jahre 1927 gegenüber 1926 vermehrt. Nach unseren Feststellungen haben sich 100 Unfälle ereignet, davon 42 schwere mit Krankenhausbehandlung und 3 mit tödlichem Ausgang. Im Laufe des Berichtsjahres ist Werberarbeit dauernd betrieben worden. Daß dies nicht übergenügt, zeigt die Mitgliederbewegung. Wir haben insgesamt 1658 Neuaufnahmen gemacht, eine Zahl, die bisher in keinem Jahr erreicht worden ist. Die Mitgliederzunahme betrug über 500. Noch ein erfreuliches Zeichen ergibt sich aus unserer Mitgliederbewegung. Während wir sonst fast immer jährlich 1000 bis 1200 Mitglieder streichen mußten, waren es im Jahre 1927 nur 599 und im Berichtsjahr 497. Daraus geht hervor, daß unsere Organisation wieder stabiler wird. — Leider war es uns nicht möglich, im Tiefbaugewerbe nennenswerte Erfolge zu erzielen. Mit dem Gesamtergebnis unserer Arbeit aber dürfen wir zufrieden sein. — Ferien haben ungefähr 45 % der Kollegen bekommen. Allerdings sei das Ergebnis nicht einwandfrei, weil leider 50 % der Kollegen nicht ihre Ferienkarten abgeliefert haben, hier dürfte es sich wohl meistens um solche handeln, die keine Ferien bekommen haben, so daß das wirkliche Ergebnis weit unter 45 % liegen dürfte. — Zwischen den Baudelegierten und unserem Vorstand bestand ein gutes Verhältnis. Im ganzen wurden 456 Delegiertenkarten ausgestellt. Der Besuch der Baudelegiertenkongresse war zufriedenstellend, jedoch muß festgestellt werden, daß immer noch einige Bauten vorhanden sind, wo keine Baudelegierte gewählt worden sind. Der Vorstand der Baugewerkschaft hat insgesamt 447 Bautenbesuche vorgenommen. Sehr viel Arbeit verurachten auch die Klagen vor dem Arbeitsgericht. Es wurden 53 Klagen eingereicht, und notwendig waren 78 Vertretungen vor dem Gericht. Insgesamt wurden 3021,50 M eingeklagt. Dem Kassierer sind über 400 000 M durch die Finger gegangen, 100 000 M mehr als im Vorjahr. An Unterstützungen wurden insgesamt 129 000 M ausgezahlt. — Der Vorstand hat nach besten Kräften seine Schuldigkeit getan und könnte der Kritik ruhig entgegenstellen. — Hierauf gab es die einige Erläuterungen zum Kasfenbericht, der gedruckt vorlag. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betrug 290 111,47 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 136 403,28 M, der Lokalkassenbestand betrug 33 105,08 M. — Possehl gab den Bericht der Revisoren. Alles habe sich in Ordnung befunden. — Dem Kassierer sowie dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. In der Aussprache erklärten sich alle Kollegen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Die auscheidenden Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. — Ein Antrag auf Nachbemilligung von 3775 M für ausgezahlte Weihnachtunterstützung an Erwerbslose, sowie ein Antrag, den letzten Absatz des § 2 der Delegiertenordnung zu streichen, wurde zweifach. Ein Antrag der Fachgruppe der Köpfer auf Ausschluß eines Mitgliedes wurde einer Kommission überwiesen. — Ueber die Tarifvertragsbewegung sprach dann noch Kollege Schenk.

Kritik. Unsere Baugewerkschaft hielt am 6. Februar ihre Generalversammlung ab. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Im Geschäftsbericht gab dann der Vorsitzende Jäger einen Überblick über die Bauwirtschaft, die soziale Lage der Bauarbeiter und den ständigen Kampf um den gerechten Anteil an dem geschaffenen Produkt. Die Bauwirtschaft kam nicht recht in Fluß; sogar in den besten Sommermonaten konnten nicht alle Fachkräfte beschäftigt werden. Den guten Reden über die Wohnungsnot und ihre Behebung folgte leider nicht der energische Wille zur Tat. Mit den aus dem Vorjahre übernommenen Fertigstellungen wurden im letzten Jahre 4500 Wohnungen zur Benutzung freigegeben. Zum Ausgleich der vorausgegangenen Leistung wurden die bisherigen Stundenlöhne für die Maurer um 8 %, für die Hilfsarbeiter um 7 %, für die Tiefbauarbeiter um 6 %, für die Einstecker um 8 %, für die Feuerungsmaurer um 9 %, für die Kramlbauer um 11 %, für die Stukkatoren um 10 %, für die Lepper um 13 %, für die Fliesenleger um 21 %, für die Jollierer um 12 %, für die Steinholzleger um 10 % erhöht. Polierer und Schachmeister erhielten 5 M Zulage auf den Wochenlohn. Im Asphaltgewerbe wurde nach kurzem Streik ebenfalls ein guter Erfolg erreicht. Nützlich dürfte bei allen Sparten die Interessenvvertretung auf den Baustellen besser ausgebaut werden. Auch der Verammlungs-

besuch muß besser werden. In 228 Fällen mußten die Rechte der Mitglieder am Arbeitsgericht wahrgenommen werden. Durch Gerichtsurteil hatten die beklagten Unternehmer an geschädigte Kollegen 14 278 M zu zahlen. Die große Arbeitslosigkeit hat das Jahreseinkommen der Bauarbeiter ganz erheblich gedrückt. Bei dem Abschluß des neuen Tarifvertrages muß dieser Tatsache durch eine ausreichende Lohnverhöhung Rechnung getragen werden. Die Verhandlungen zum Abschluß eines Reichstarifvertrages für das Baugewerbe lassen erkennen, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sehr stark sind. Es sei dringende Pflicht jedes Bauarbeiters, für die Geschlossenheit und Stärkung der Baugewerkschaft mit allem Nachdruck einzutreten. Der Kassierer Müller gab den Kasfenbericht. Die Jahreseinnahme und -ausgabe der Hauptkasse betrug 201 650 M. Die Lokalkasse vereinnahmte 95 122 M, sie gab aus 77 122 M. Der Kasfenbestand stieg auf 18 000 M. Die Mitgliederzahl steigerte sich von 4361 auf 5004. In der Aussprache berichtete Pfiffner über die Tätigkeit der Bauarbeiterfußkommission. In 92 Arbeitsstätten kontrollierte die Kommission die Baustellen des Vereinsgebietes und förderte eine Unmenge Verstöße gegen die Baupolizeivorschriften zutage. Die Unfälle auf den Bauten häufen sich. 15 Tote sind im Berichtsjahre auf den „Schlachtfeldern der Arbeit“ geblieben, die Zahl der Schwerverletzten beträgt über 50. Die Gewerbeaufsicht ist unzulänglich und muß eine Erweiterung aus beruflich vorgebildetem Personal erfahren. Andere Kollegen brachten in der Aussprache ihren Unwillen über die Einführung der Sonderfürsorge für die unersüßlichen Saisonarbeiter zum Ausdruck. In einer Entschließung an den Bundesvorstand fand der Meinungsäußerung der Verammlung in dieser Frage ihren Niederschlag. — Die Wahlen gingen glatt vonstatten. Der bisherige Vorstand der Baugewerkschaft wurde einstimmig wiedergewählt. In den Ortsausstufungen wurden ebenfalls die bisherigen Vertreter gewählt. Der bisher ausstufweise angefertigte Kasfenbericht wurde fest angesetzt.

Meinungen in der Jahresversammlung am 27. Januar erstattete Kollege Ahmus den Jahres- und Kasfenbericht. Die Bauwirtschaft im verfloffenen Jahr war mittelmäßig. Arbeitslosigkeit bestand auch während des Sommers. Trotz besser Witterung im Spätherbst und Winter stieg die Zahl der Erwerbslosen von Mitte Oktober an stetig und erreichte bis zum Jahresluß rund 90 % der Mitglieder. Eine größere Anzahl Bauarbeiter hatte nicht die Möglichkeit, die gesetzliche Anwartschaft auf Erwerbslosenunterstützung zu erlangen. Die Sonderregelung für Bauarbeiter bedeutet große Milderung eine große Härte. Die Bundesleitung hat mit großer Ausdauer für eine gerechte Behandlung der Bauarbeiter in dieser Sache gekämpft. Reichsregierung und Reichstag mußten mobilgemacht werden, um die sozialen Schäden einer verarmten Erwerbslosenversicherung öffentlich klarzulegen. Aufgabe der Bauarbeiter muß es sein, durch eine geschlossene Organisation dafür zu sorgen, daß diese Härten ausgeglichen werden. Die Gewerkschaften haben alles aufzubieten, um der staatslichen Arbeitslosenunterstützung den erforderlichen sozialen Inhalt zu geben. Gegen die unerantwortliche Einnischung kommunistischer Schwäger muß entschiedene Verwahrung eingelegt werden. Das alte Geschrei „Verrot“ wird von der Arbeiterfront nicht mehr ernst genommen. Festgestellt muß aber werden, daß man in den sogenannten „Erwerbsloserversammlungen“ nur mit Schwindel operiert. Tatsache ist, daß die KPD im betreffenden Ausschuß des Reichstages für diese Sonderregelung stimmte, während man aus Ligationsbedürfnis im Plenum des Reichstages das Gegenteil tat. — Unsere Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres um 20 % gesteigert. Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe hat das Vertrauen der Bauarbeiter zur Organisation erhöht. Am 31. März geht die Vertragsperiode zu Ende, eine geschlossene Front der Bauarbeiter ist dann notwendiger denn je. Eine größere Anzahl Arbeitsbrüder stehen uns noch fern. Diese müssen vor Beginn der Bauwirtschaft in ihren Familien aufgesucht und in unsere Reihen eingegliedert werden. — Die Jugendbewegung macht gute Fortschritte. Der tariflichen Lohnregelung für Lehrlinge stehen die Innungen und Handwerksmeister den verbliebenen Widerstand entgegen. Aufgabe der älteren Kollegen ist es, den Jugendkollegen beizubringen, um ihre Bewegung in gesunde und feste Bahnen zu lenken. Zur Wahrung der tariflichen Rechte unserer Mitglieder mußten außer kleinen Konflikten rund 50 Klagen vor den verschiedenen Arbeitsgerichten durchgeführt werden. Die Beitragszahlung ist verhältnismäßig gut. — Die sehr sachliche Aussprache gab praktische Anregungen und zeigte den einmütigen Willen, auch im kommenden Jahr durch Stärkung unserer Organisation zu fördern. Zu Ende Februar soll ein besonderer Werbe-sonntag vorbereitet werden. Jeder unorganisierte Bauarbeiter soll in der Wohnung aufgesucht werden. — Vorstand und Revisoren wurden einstimmig wiedergewählt. Als Jugendleiter wurde der Kollege Heinrich Meß einstimmig gewählt und in den Vorstand berufen. Kollege Ender ermahnte noch, das Gebrötte hinauszutragen. — Werbt für eine lückenlose Organisation, sorgt dafür, daß auch der letzte Bauarbeiter dem Deutschen Baugewerksbund zugeführt wird! Vorwärts und aufwärts!

Feine. Die am 20. Januar abgehaltene Generalversammlung war sehr gut besucht. Marwehe gab den Geschäftsbericht, aus dem zu ersehen war, daß unsere Mitgliederzahl von 456 auf 844 gestiegen ist. Hoffentlich bringt uns das Jahr 1929 weitere Fortschritte. Auch das Baudelegiertenwesen hat sich gebessert. Die Bauwirtschaft war allgemein zufriedenstellend. Die Lehrlinge haben wir in diesem Jahre besser organisiert. Aber hier müssen die Allen noch besser mitarbeiten, damit wir unsere jungen Kollegen auch alle erfassen. — Einen Streik haben unsere Kollegen bei der Firma Preuss, Groß-Wälzen, Abteilung Schladenverwertung, geführt und mit gutem Erfolg beendet. Bei den Klagen vor dem Arbeitsgericht und der Schlichtungskommission haben wir ebenfalls gute Erfolge erzielt. — Den Kasfenbericht gab Portrick. Der Kasfenbestand betrug 2003,55 M, was als gut zu bezeichnen ist. Die Wahlen brachten keine wesentlichen Veränderungen, nur an Stelle des bisherigen stellvertretenden Kassierers wurde Portrick und als Revisor Pfaff gewählt. — Hierauf hielt

Genosse Schulz vom Arbeitsamt einen Vortrag über die Sonderfürsorge, der allgemeinen Anklang fand.

Plauen. (Jahresbericht.) Die Bauwirtschaft war in den ersten fünf Monaten des vorigen Jahres äußerst flau. Durchschnittlich waren im Januar 1928 78 % im Februar 75 %, im März 62 %, im April 40 % und im Mai 23 % aller Mitglieder arbeitslos. Vom Juni bis Anfang November betrug der Monatsdurchschnitt 9 % und darunter. Ein größerer Teil der Facharbeiter war seit März auswärts in Arbeit getreten. Mangel an Facharbeitern hat nie bestanden. Wäre es nicht möglich gewesen, unterzubringen, so wären selbst in den besten Monaten eine noch größere Zahl von Kollegen arbeitslos gewesen. — Die Unternehmer haben seit Jahren, unterstützt von Handwerkskammern und Behörden, durch Schlichtungstücherei ein großes Heer von jüngeren und älteren Arbeitern zu „Mauern“ herangebildet, was nun die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe stark vermehrt und die Belastung der Arbeitslosenversicherung auf Konto Baugewerbe erhöht. Wäre nicht die Überfüllung des Berufes so stark gefördert worden, so könnten die Bauarbeiter, besonders die im Innern der Gebäude, auf die Wintermonate planmäßiger verteilt werden, und die Arbeitslosigkeit würde nicht einen so großen Umfang haben. Wenn alle Kreise der Wirtschaft bei der Auftragsverteilung ihre Pflicht vollständig tun würden, so könnten auch noch alle übrigen Gründe für die ominöse Verordnung hinweggeräumt werden. Aber das Gegenteil ist der Fall! Noch nie haben die Unternehmer aus eigenen Mitteln auch nur ein einziges Bauwörter finanziert können. Driofa Bauauftraggeber erst recht nicht. Selbst zwei Willenbilder haben nachträglich für die Errichtung ihrer Zugzugsgebäude, gegen die Stimmen der Bauarbeitervertreter und gegen den Beschluß des Wohnungsausschusses, von der obersten Stelle, dem städtischen Finanzamt, Zuschüsse aus der Mittelsinstanz erhalten! Es ist uns unbekannt, daß an andern Orten für Willenbauten öffentliche Mittel jenseits zur Verfügung gestellt werden. — Die private Bauwirtschaft hat also völlig verlagert. Die Bauwirtschaft ist nur von den Vertretern der Arbeiterorganisationen in den Stadtparlamenten in Plauen und Oelsnitz i. V. gefördert worden. Bei jedem Antrag auf Bewilligung von Mitteln zur Behebung der Wohnungsnot traten die Unternehmer als Gegner auf. Sie sind nur dafür zu haben, daß alle Lasten den Mietern und der minderbemittelten Bevölkerung auferlegt werden. Gegen jeden Fortschritt einer billigeren Bauweise laufen sie Sturm, aber selbst die Bauwirtschaft zu fördern sind sie nicht imstande. Der Mietpreis in den von Bauunternehmern mit öffentlichen Zuschüssen erbauten eigenen Wohnungen ist 25 % höher als in den städtischen Wohnungen. Dafür treten die Unternehmer als Gegner der Mietzinssteuer auf und entstehen somit dem Wohnungsbau keine Zahlungsquelle. — Die Durchführung der Tarifverträge begegnete oftmals Schwierigkeiten. Allein in 58 Fällen wollten die Unternehmer die tarifliche Arbeitszeit durch nichttarifliche Überstunden durchbrechen. In 34 Fällen mußten die Zuschläge eingeklagt werden, und in 15 Fällen mußte die Gewerbeaufsicht in Anspruch genommen werden, die leider nur in fünf Fällen eine Befristung vornahm. Das Tiefbaugewerbe steht hier an erster Stelle und zwar waren es ausnahmslos Mitglieder des „Arbeitsgewerksbundes“. Bestimmungen über Ferien, Kilometergelder, Auslösung sowie andere Zuschläge wollen den meisten Unternehmern unbekannt sein. Aber sobald die Arbeiter einmal den Vorlauf einer Bestimmung etwas sozialer angewandt haben wollen, dann kennen die etwas erblichen Baumeister die Bestimmungen aus dem Kopf. — Vor dem Arbeitsgericht und vor andern Instanzen sind allein 5800 M eingeklagt worden! — Als Freunde des Bauarbeiterfußes haben wir die Unternehmung noch nie angesehen. Die verbesserten Bestimmungen über Schutzgebühr für am Dach beschäftigte Arbeiter empfinden sie als besonders drückend. Sie versuchen deshalb, die Bestimmungen zu umgehen. Es sind bereits Befristungen vorgekommen, was viel besagen will; denn unsere Baupolizei arbeitet sonst nur mit Verwarnungen! — Bei einer durchschnittlichen Beschäftigung von 700 Maurergesellen im Innungsbezirk Plauen sind 320 Maurerlehrlinge festgesetzt worden! — Für die Steinsetzer und Rammer wurde ein Vertrag abgeschlossen, der gegen den früheren bedeutende Verbesserungen enthielt, wie Auslösung in der Tab- und in der Fernzone, Feriengeld auch für Akkordarbeiter; ferner auch Verbesserung der Lehrlingslöhne je Woche um 2 M im ersten sowie um je 3 M im zweiten und dritten Lehrjahr. Die Gesellen erhielten je Stunde 9 3 Lohnerhöhung. Ferner wurde ein Akkordvertrag für Ziegler- und Kalkfragen abgeschlossen, den die Unternehmer aber sofort sabotierten. Die Plauener Unternehmer sind nämlich, sobald die Arbeiter auch nur etwas über den Tariflohn verdienen, auf einmal Akkordgegner! Für die Glaser in der Amtshauptmannschaft Oelsnitz ist ebenfalls ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der auch für allgemeinverbindlich erklärt worden ist. Die Oelsnitzer haben sich durch achtstägigen Streik einen bedeutend verbesserten Tarifvertrag erkämpft. Dasselbe haben die Fliesenleger erreicht; auch ihr Vertrag ist allgemeinverbindlich; vom 1. Januar an gilt ein Stundenlohn von 1,80 M. Außerdem waren 20 Kollegen an dem sechswohigen Kampf der Metallarbeiter in der Vomag beteiligt. — Die Mitgliederzahl betrug am Jahresluß 2708 gegen 2532 am Schluß des Jahres 1927. Für die Hauptkasse wurden 149 259,23 M eingenommen, und für Unterstützungen aller Art sind 77 284,48 M wieder ausgezahlt worden. Der Kasfenbestand hat sich trotz Verlustes von 6600 M bei dem Konkurs der Baustelle „Vogland“ um rund 1000 M erhöht. — Bei den Ergänzungswahlen zum Vorstand wurde Albert Neuffer, Bauhilfsarbeiter, zum stellvertretenden Vorsitzenden neu- und Saranakis zum Kassierer wiedergewählt. Revisoren sind Max Läßlich, Rich. Schuberl und Bruno Ahke.

Reichenbach i. Vogl. Unserer gutbesuchten Vertreterversammlung lag diesmal ein schriftlicher Jahresbericht vor. Daraus war zu ersehen, daß die Bauwirtschaft erst im Mai mit voller Stärke einsetzte. Rund 300 auswärtsige Bauarbeiter konnten bis im Spätherbst

Aus den Fachgruppen

Uphallierer.

Berlin. Unsere Fachgruppe hielt am 26. Januar eine Versammlung ab, in der Krieglisch den Jahresbericht gab. Derselben am Jahre 1927 ist das verlorene Jahr verhältnismäßig ruhig verlaufen. Der Tarifvertrag, den wir im vergangenen Jahr abgeschlossen haben, ist im allgemeinen von allen Firmen eingehalten worden. Kleine Streitfragen sind meistens durch Verhandlungen zu unsern Gunsten beigelegt worden. Nur in einigen Fällen mußten wir das Gericht anrufen, wo zum größten Teil ebenfalls zu unsern Gunsten entschieden wurde. Die Arbeitsmöglichkeit war im Sommer genügend, nur läßt die Tätigkeit unserer Kollegen für unsere Organisation viel zu wünschen übrig. Demnach, die Arbeitsverhältnisse sind bei uns anders als im Hochbaugewerbe. Aber auch wir haben geschlossene Bauwerke. Wenn unsere Kollegen auf dem Posten wären, dann müßte unsere Gruppe bedeutend stärker sein. Um die Arbeitsbedingungen, die meistens von den Bezirksarbeitsräte kommen, kümmern sich unsere Kollegen überhaupt nicht, mitunter behandeln sie sie als Menschen zweiter Klasse. Etwas mehr kollegiales Verständnis würde diese Kollegen zu uns bringen. — Unser Arbeitsamt, der jetzt als den städtischen Arbeitsämtern gleichberechtigt anerkannt worden ist, wurde im allgemeinen gut benutzt; obgleich auch hier zu bemerken wäre, daß einige Kollegen die Wichtigkeit der Arbeitsnachweise noch nicht begriffen haben und es lieber vorziehen, sich bei den Unternehmern anzubieten. Der Bauarbeiterlohn ist jetzt auch auf den Straßenbau ausgedehnt worden. Wir haben zwei Baukontrollen. Wenn sie auch nicht aus unserer Gruppe sind, so sind sie doch beruflich eng mit uns verknüpft. Wir haben im Sommer wiederholt Kontrollgänge in Gemeinschaft mit der Bauzunft gemacht und dadurch viele Mißstände abgeklärt. — Nach einer kurzen und sachlichen Aussprache in der keine Kritik an der Tätigkeit der Fachgruppenleitung geübt wurde, ging Krieglisch in seinem Schlusswort auf die Mitgliederbewegung ein. Abhandelt wurde der Fachgruppenleistung das Vertrauen ausgesprochen und diese gegen 5 Stimmen wiedergewählt. Fachgruppenleiter ist Krieglisch, Schriftführer Duske und Beisitzer sind Orban und Eisenhahn. — Anschließend sprach Krieglisch über die Frage, ob der Tarifvertrag gekündigt oder ob er um ein Jahr verlängert werden soll. Selbstverständlich ist, daß die Lohnfrage abgetrennt werden muß. Redner streifte die im vergangenen Jahr abgehaltene Reichskonferenz. Wenn auch bereits in letzter Zeit Vorbereitungen um den Abschluß eines Reichstarifvertrages abgeschlossen worden sind, so würde für uns für dies Jahr wohl ein Reichstarif kaum in Frage kommen. — Nach einer kurzen Aussprache wurde diese Sache zurückgestellt, damit sich zunächst ein engerer Kreis mit dieser Frage beschäftigen könne.

Feuerungs- und Schornsteinmaurer.

Berliner Badenbauer (Maurer) für Kiel und Umgegend in Dauerstellung durch Hermann Ortel, Baugesells., Kiel, Holtentauer Straße 47a.

Olaf.

Augsburg. Am 27. Januar war unsere Generalversammlung. Unser Obmann Wenninger berichtete über die Tätigkeit im vergangenen Jahre; dabei betonte er die Notwendigkeit einer schärferen Agitation. Mit Bedauern sei festzustellen, daß die Mitgliederzahl um 2 vermindert hat. — Auch unsere Lehrlingswerbung hatte wenig Erfolg. — Unser Lohn wurde durch Schiedspruch verbessert. Er betrug vom 1. Juni an 1,25 M., vom 1. Oktober an beträgt er 1,27 M. — In die Fachgruppenleitung wurden gewählt: Weßhaupt, Karunisch, Kraus und Schur, für das Lehrlingswesen Wohlisch und Wenninger.

Hannover. Wir haben am 7. Januar Lohnforderung bei den Unternehmern eingereicht, und zwar verlangten wir die Erhöhung des Lohnes von 1,20 M. auf 1,30 M. Ueber die Forderung wurde am 21. Januar verhandelt und vereinbart, daß die Galargehälter vom 28. Januar an 1,25 M. und vom 1. Juli an 1,30 M. Stundenlohn erhalten. Die Vereinbarung ist in Kraft getreten.

Hollerer und Steinholzleger.

Breslau. Unsere Generalversammlung am 27. Januar nahm zunächst den Jahresbericht entgegen. Der Versammlungsbesuch war im Vorjahre sehr mittelmäßig, bis auf die Versammlungen, die kurz vor und nach dem Streik abgehalten worden sind. Im Laufe des Berichtsjahres wurden drei Mitglieder gewonnen; ein Kollege, und zwar unser alter Freund Richard Gärtler, wurde uns durch den Tod entzogen. Gärtler gehörte zu den Gründern der Hollererorganisation und war schon lange, ehe es eine Zentralorganisation gab, hervorragend in der Lokalorganisation der Hollerer tätig. — Ein Kollege ist ausgetreten. Sätze er dies nicht genau, so wäre er sehr wahrscheinlich ausgeschlossen worden. Unser Obmann, Kollege Knispel, verbreitete sich dann noch kurz über den Streik im vorigen Jahre. Die Erfolge des Kampfes sind unbestritten. Bei der Schwierigkeit in unserm Beruf ist eine erfolgreiche Lohn- und Tarifbewegung doppelt zu werten. Der Streik hat mehr als drei Wochen gedauert und hat der Unternehmerseite bemessen, daß wir auf dem Posten sind. Alles in allem ist das vorige Jahr ein Jahr des Erfolges gewesen. Wenn wir nach wie vor, jeder nach seinen Kräften, für den Deutschen Baugewerksbund wirken, dann werden auch die schließlichen Unternehmungen nicht mehr wie bisher Erstätze ausführen. — Darauf gab Dreißlich den Kasßenbericht. Der Kasßenbestand betrug 315,03 M. Der Fachgruppenleitung wurde Entlastung erteilt. — Als Obmann wurde Knispel, als Stellvertreter Hamerla wiedergewählt. Schriftführer ist Pfische und Kassierer wiederum Dreißlich. Derselbe, der noch vor Jahresfrist das Amt als Schriftführer niedergelegt und schon mehrfach nicht die Versammlungen besuchte, wurde das Vertreteramt entzogen. An seine Stelle wurde Max Dreißlich gewählt. — Ledhafte Beschwerte wurde wiederum über die Zustände bei der Firma Reime & Co. geführt, und zwar besonders über die Bauleitung der Meißner- und über die Baustelle Postschekam. Mit dieser Firma werden

wir in nächster Zeit ein energisches Wort reden. Wegen Ueberforderschlüssen soll Kollege Langner vor den erweiterten Vorstand geladen werden. Dem Kollegen Herrmann Dreißlich wurde gehörig auf die Finger geklopft und ihm empfohlen, sich den Kitz, etwas besser anzusehen. Chemnitz. Am 6. Januar hielt unsere Fachgruppe ihre Jahresversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Max Weiß. — In seinem Bericht ging hervor, daß die Tätigkeit der Fachgruppenleitung im Berichtsjahre recht reger war. Der Stundenlohn ist durch zentrale Regelung um 10 % und die tägliche Aufwandsentschädigung in der Fernzone um 80 % erhöht worden. Berechtigten Unwillen hat die durch Schiedspruch getroffene Regelung der Aufwandsentschädigung, durch Neubildung einer dritten Zone, hervorgerufen. — In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Vorstandes aufgegeben und zum Ausdruck gebracht, daß künftig der Reichstarifvertrag auf die Dauer von einem Jahr abgeschlossen werden möge. Die bisher in der Fachgruppenleitung tätigen Kollegen wurden in ihren Ämtern belassen; es sind die Kollegen Max Weiß, Bernhard Leistner, Otto Steinert und Max Weiske.

Frankfurt am Main. Der Beschäftigungsgrad der Steinholzleger konnte im Jahr 1928 lediglich gut genannt werden, im Sommer wurden sogar Leger von auswärts herangezogen. Die Stundenlöhne betragen vom 15. April an für Steinholzleger 1,49 M., für Hilfsbodenleger 1,37 M. und für Hilfsarbeiter 1,29 M. Vom 27. September an betragen die Sätze 1,51, 1,39 und 1,31 M. Bei verschiedenen Firmen entkanden Schwierigkeiten wegen der Durchführung der neuen Löhne, besonders bei den Hilfsarbeitern, sie konnten aber alle überunden werden. Den Hilfsarbeitern, auch eine Neuregelung der Vorortzonevergütung beizubringen, scheiterte. Es blieb nach zergehenden Verhandlungen bei der alten, aus dem Jahre 1925 stammenden Regelung. Das Organisationsverhältnis bei den Frankfurter Firmen ist gut; jedoch war es uns nicht möglich, bei der Firma Sattler & Leich die Organisation einige barntändige Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Die Einhaltung der Arbeitszeit machte uns im Sommer wegen der Sezanzierung auswärtiger Arbeitskräfte Schwierigkeiten, doch auch diese wurden überunden. Anlässlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres widmete die Fachgruppenmitglieder dem Kollegen Heinrich Riedel im Dezember einige Aufmerksamkeit, die er in rührender Dankbarkeit entgegennahm. Das Fachgruppenleben war auf. Zu allen ärztlichen und sonstigen Fragen des praktischen Lebens wurde in lebhafter Weise Stellung genommen.

Hannover. In der Jahresversammlung am 9. Februar gab zunächst Kaufmann den Bericht von der Generalversammlung der Baugewerkschaft und gab dann bekannt, daß vom Bundesvorstand die Genehmigung zur Erhebung eines monatlichen Ertragsbeitrages in Höhe von 50 % eingegangen sei. Durch die Genehmigung sei der Ertragsbeitrag Pflichtbeitrag, müsse also von jedem Kollegen gezahlt werden. Es wurde beschlossen, den Ertragsbeitrag vom 1. April an zu erheben. Kollegen, die zusammenhängend vier Wochen und länger erwerbslos sind, sollen während dieser Zeit vom Beitrag befreit sein. Die Kaffierung soll in den Versammlungen geschehen. Die Beiträge sollen in der Hauptkassa zur Unterstützung solcher Kollegen dienen, die durch besondere Umstände in Not geraten sind. — Darauf berichtete Dierking jun. über das Weihnachtsergebn, daß ein Ueberfluß von 31 M. erzielt worden sei. Diese Summe wird als Grundstock für unsere Lokalkasse angelegt. Kaufmann gab lobend den Jahresbericht. Im verflohenen Jahr sei die Beschäftigung zufriedenstellend gewesen. Die Arbeitsmöglichkeit hat sich in den letzten Jahren — wenn auch nur langsam — so doch stetig gebessert. Als Beweis führte er die Arbeitslosenziffer der letzten Jahre an, aus denen hervorgeht, daß die Arbeitslosigkeit stetig gesunken sei. Auch im Vergleich mit anderen Städten, wie Berlin, Hamburg, Dresden, Dortmund und Köln, stehen wir günstiger da. In diesen Städten sei die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig größer, als in Hannover. Durch unsere Lohnbewegungen haben wir eine kleine Besserung erreicht. — Kaufmann ging dann noch kurz auf unsere letzte Verhandlung, zum Abschluß eines Reichstarifs ein und betonte, daß, wenn auch unsere Wünsche nicht restlos erfüllt worden seien, doch ein kleiner Erfolg erreicht worden wäre. Zum Schluss bat Kaufmann darum, nicht die ganze Arbeit der Fachgruppenleitung zu überlassen. Jeder Kollege müsse mitarbeiten, um die Arbeitsverhältnisse zu verbessern. — Als Fachgruppenleiter wurde Kaufmann, als sein Stellvertreter Schröder wiedergewählt. Dierking jun. wurde als Kassierer und Janoni als Schriftführer gewählt. Klage wurde noch darüber geführt, daß bei einigen Firmen die Erwerbszulagen mit Verküsst werden. Hier soll Abhilfe geschaffen werden.

Pfahrammer.

Samburg. In der Versammlung am 10. Februar gab nach Ehrung des Andenkens des verstorbenen Kollegen Schmans Kollege Brummen den Jahresbericht. Die Arbeitslosigkeit war trotz der guten Baukonjunktur für die Pfahrammer nicht so günstig wie 1927. Eine Verminderung der Arbeitslosen in den Sommermonaten war nur dadurch möglich, daß auf mehreren Baustellen in zwei Schichten gearbeitet wurde. Die Zusammenarbeit auf den Baustellen war gut. Für 5 kranke Kollegen der Fachgruppe wurden auf Sammelkosten 570 M. gezahlt. Ein schöner Beweis für die Opferfreudigkeit und Solidarität unserer Kollegen! Die Fachgruppe zählt 182 Mitglieder. — Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Gewählt wurde, daß unsere Fachgruppe an den „Baumohl“-Arbeiten mehr beteiligt werde.

Stukkatoren und Pußer.

Leipzig. (Jahresbericht) Unsere Fachgruppe hat 244 Mitglieder. Das Versammlungsleben war gut, die Arbeitslosigkeit günstig. Einige auswärtige Kollegen haben ebenfalls noch Arbeit gefunden. In der in unserer Gruppe eingerichteten Volkshilfsunterstützungskasse für die im Baugewerbe und ausfallenden Mitglieder beteiligten sich bedauerlicherweise nur 129 Kollegen. Im 1. Vierteljahr wurden an 110 Kollegen 1325 M., im 2. Vierteljahr an 149 Kollegen 1440 M., im 3. Vierteljahr an 28 Kollegen 295 M. und im 4. Vierteljahr an 121 Kollegen 1195 M. insgesamt also an 408 Kollegen 4255 M. an Unterstützung ausgezahlt. Am Jahresabschluss verließ ein Kasßenbestand von

bei uns arbeiten. Erstellt wurden im Berichtsjahre 243 neue Wohnungen. Im Gebiet festlich am Jahreschluss 1928 Wohnungen. Wohnungslöhne waren 2993 vorhanden. Fleißarbeit wurde nur als Kostfahndarbeit ausgeführt. Es gelang uns immer, durchzusetzen, daß bei den Kostfahndarbeiten die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe zugrunde gelegt wurden. Baudelegierte gab es 123, davon waren 87 Maurer und 36 Hilfsarbeiter. Gut hat sich auch unsere Jugendabteilung entwickelt. Alle Lehrlinge des Hochbaugewerbes sind dem Baugewerksbund beigetreten. In Reichenbach und Neßchau werden allmählich Bauabende abgehalten. Maßnahmen zur Errichtung einer Fachvermittlung sind getroffen und stehen vor einem günstigen Abschluss. Vor Gericht waren 31 Streitfälle zu erledigen. Bei dem in Konkurs geratenen Baununternehmer Walter Dietrich wurden 18 Kollegen durch rückständige Löhne mit 1063 M. in Mitleidenschaft gezogen. Aus der Konkursmasse haben sie bis heute 10 % Abschlag erhalten. Mehr wird bei dieser „fetten“ Pflanze nicht zu bekommen sein. Ende März wurde der Baumeister Pflanze wegen Lohnrückstände gesperrt. Während der Sperre wurden ihm von uns durch Gerichtsurteil auch 5 Lehrlinge wegenommen, die alle anderweitig untergebracht wurden. Erst nachdem alle Lohnrückstände ausgekragt waren, wurde die Sperre wieder aufgehoben. Streikbrecher waren keine vorhanden. Die Versammlungstätigkeit war reger. Unsere Baugewerkschaft ist im Vorstand des Ortsausschusses, im Versicherungs- und Oberverwaltungsamt, im Vermittlungs- und im Geschäftsführenden Ausschuss des Arbeitsamts, im Ausschuss der Wirtschaftsschule, im Gesellschaftsamt, im Ausschuss der Volkshilfsabteilung vertreten. Der steigende Einfluß beweist, daß Bundesvorstand und Bezirksvorstand recht hatten, daß sie durch Zusammenlegung von 3 Baugewerkschaften die größere Baugewerkschaft Reichenbach schufen. Dieser Beweis wird noch durch den günstigen Kasßenbestand und die steigenden Mitgliederzahlen erhärtet. Beim Zusammenfluß am 1. April 1927 hatten wir 517, heute hingegen haben wir 825 zahlende Mitglieder. Daß sich bei uns auf den Baustellen heute niemand mehr kostenlos seine Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln lassen kann, beweist die Tatsache, daß unsere Kollegen es ablehnen, mit Beitragsrückübergebern zusammenzuarbeiten. Bei den Neuwahlen wurde der alte Vorstand wiedergewählt.

Reutlingen. (Jubilärfeste.) Bei der Jahresversammlung unserer Baugewerkschaft Reutlingen konnte an zwei Jubilare die Ehrenurkunde für 25jährige Mitgliedschaft verliehen werden. Es sind dies der Kollege Wilhelm Schäfer, Maurerpolier, und August Oehr, Maurer, beide aus Pflanzhausen. Der Bezirksleiter gedachte in bewegten Worten der Jubilare und mahnte die jungen Mitglieder, hinter den alten nicht zurückzufallen. Schäfer dankte, auch im Namen des andern Jubilars, und betonte, daß er nur seine Pflicht erfüllt habe. Die beste Ehrung könne nur die sein, wenn jeder Bauarbeiter seine Pflicht erfülle. Leider seien noch viele vorhanden, die dem Bunde die notwendige Treue nicht bewahren.

Hilf. Am 20. Januar tagte unsere Vertreterversammlung in Leipzig. Nach Ehrung des Andenkens der im Jahre 1928 verstorbenen Kollegen erläuterte Kollege Herrmann den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Die Kasßenverhältnisse und die Mitgliederbewegung haben sich stabil gehalten. Trotz größerer Erwerbslosigkeit konnte das Vermögen vermehrt werden. Die Lohnverhandlungen ergaben für die Maurer 8,3, für die Hilfs- und Tiefbauarbeiter 7,3 Lohnzuschlag. An der Metallarbeiteraussperrung waren 12 Kollegen beteiligt. Für Erwerbslosenunterstützung gab die Baugewerkschaft 44 880 M. aus, für Sterbe-, Invaliden- und Krankenunterstützung über 11 000 M. Die Mitgliederzahl stieg von 2075 auf 2137. In der Jugendgruppe befinden sich 188 Lehrlinge. Das Versammlungs- und Sitzungswesen war sehr lebhaft. Vor der Schlichtungskommission wurden 21 Streitfragen behandelt, 14 davon fielen zu unsern Gunsten aus. 30 Klagen gingen vor das Arbeitsgericht, 24 davon wurden zugunsten der Arbeiter durchgeföhrt. Von 1550 M. Klagegeldern wurden eingeholt 1067 M. Die Delegiertenversammlungen wurde das Wissen der Funktionäre erweitert. Die Bauarbeiterfähigkeit war mangelhaft. Die Unfallziffer hat sich erhöht. Durch Anstellung eines Bauteilkontrollers für die Kreishauptmannschaft Bauhen mühte eine Verringerung der Unfälle herbeigeföhrt werden. Im Bezirk wurden über 150 Ausländer gemeldet. Es waren schon in Arbeit, als noch ein großer Teil unserer Maurerkollegen arbeitslos war. Ein trübes Kapitel ist die Sonderfürsorge für die Bauarbeiter in der Arbeitslosenunterstützung. Hier mühte sehr viel Aufmerksamkeit im Bezirk gegeben werden. Es ist noch viel Arbeit zu leisten; notwendig ist dabei die Mitarbeit aller Kollegen. — Kollege Linke gab den Kasßenbericht. Danach balanciert die Hauptkassa in Einnahme und Ausgabe mit 106 027,60 M. An die Bundesleitung wurden über 49 000 M. abgeföhrt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 38 821 M., ausgegeben wurden 29 390 M., so daß ein Kasßenbestand von 8737 M. verblieb. Der Neuwahlbericht des Kollegen Seifert bestätigte eine geordnete Kasßenführung. — Mit Ausnahme des zweiten Vorstehenden wurde der alte Vorstand wiedergewählt. An Stelle des Kollegen Frenzel tritt Kollege Schach. Die Gegenvorschlüge der sogenannten Opposition verrieten Fraktionsarbeit. Bei den Wahlen zu „gefährlichen“ Funktionen, wie in die Schlichtungskommission, enthielt man sich der Vorschläge. Das beweist, daß die „oppositionellen“ Kollegen gern Posten annehmen, aber sich vor fähiger Mitarbeit scheuen. Zur Frage der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter stellte eine rege Aussprache ein. Allgemein wurde das Aufwandskonto des Obmanns scharf verurteilt. Der Vorstand soll überall an den in Betracht kommenden Stellen dahin wirken, daß die alte Form der Unterstützung wieder eingeföhrt wird. Ermäntelt sich noch ein Bericht des Kollegen Lepinich über die Bezirksorganisation. In Sachsen sind jetzt 75 000 Bauarbeiter in unserm Bunde. Ueber 30 000 Mitglieder sind zur Zeit erwerbslos. In Schlussworten verleiht Lepinich und Herrmann darauf, daß nur durch ein einheitliches Wirbeln für den Bund das Erringen besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich sei.

1140 M. Wir möchten wünschen, daß sich im neuen Jahre alle Kollegen an der Unterfertigungsbüchse beteiligen. Solidarität gilt es nicht nur mit dem Munde, sondern mit der Tat zu üben.

Tief- und Straßenbauarbeiter.

Die KPD organisiert einen Streik. Am 19. September 1928 beschloßen die Notstandsarbeiter bei der Untergrundbahn in Berlin den Streik. Es war ein von der KPD aufgelegener Streik. Die Kampfleitung stellte folgendes Streikprogramm auf: Wegen den Raub des Streikrechts und der Koalitionsfreiheit. Wegen die staatlichen Schlichtungsinstitutionen. Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Für 30 % Lohnsteigerung. Die Zimmerer auf der Baustelle Alexanderplatz legen aber die Arbeit nicht nieder, weil der Vorsitzende der Berliner Zählstelle des Zimmererverbandes, der kommunistische Landtagsabgeordnete R e p p l i c h t, nicht dazu aufgefordert hatte. Der Streik brach am 10. Oktober zusammen. 800 Tiefbauarbeiter hatten ihre Arbeit verloren. In die Zentralfreileitung hatte die KPD, Hermann G o b l abkommandiert. Kamme die KPD, die den arbeitslos gewordenen Streikenden nichts bieten, so wollte sie aber dafür sorgen, daß wenigstens die gemächtesten Mitglieder der Zentralfreileitung in anderen Arbeitsstellen untergebracht werden sollten. Der kommunistische Stadtratsmitglied R o t h versprach, dafür zu sorgen. Zwei Mann von der „Kampfleitung“ hielten sich auf dieses Versprechen und erinnerten Herrn R o t h an dessen Einlösung. Schließlich wurden die beiden Gemächtesten nach den Wasserwerken Tegel geschickt, wo sie bei einer Tiefbaufirma Arbeit bekommen sollten. Da ihnen aber zugestimmt wurde, daß sie nach einigen Wochen von den Werken übernommen würden, wollten sie auch anfangen. Sie sollten Nachricht bekommen, wenn sie anfangen sollen, warteten jedoch vergeblich darauf. Herr R o t h wurde davon verständigt und als er nichts mehr von sich hören ließ, befragt, was nun geschehen soll. Unterm 6. Dezember 1928 bekamen sie folgenden Bescheid:

„Eure Haltung ist mir unverständlich. Genosse G. hatte Euch ausdrücklich erklärt, daß Ihr nur wenige Wochen auf der Baustelle bleiben solltet. G. wollte Euch von da in die Städtischen Betriebe unterbringen. Durch Euer Verhalten sind uns die beiden Arbeitsstellen verloren gegangen. Da ich keine Veranlassung habe, an die Darstellung des Gen. G. zu zweifeln, ist mir Dein letztes Schreiben unverständlich. Ich muß es nunmehr ablehnen, mich noch zu verwenden.“ Mit komm. Gruß R o t h.

Der Empfänger dieses Briefes wandte sich daraufhin an den KPD-Stadtrat G o b e l, der die Gemächtesten auffordern ließ, ihm anzugeben, für welche Arbeiten sie in Betracht kommen. Die gewünschte Angabe wurde umgehend gemacht — aber bis heute hat der Stadtrat G o b e l nichts mehr von sich hören lassen. Wie mag es den von der KPD, so sehr gebärdeten Inorganisierten in den „Kampfleitungen“ gehen, falls die Kampfleitung einen Streik „abwürgen“ muß, wenn schon die KPD-Mitglieder in solchen Kampfleitungen fallen gelassen werden, nachdem die „Aktion“ der KPD auf 800 Tiefbauarbeiter frolos, die Kampfleitung auf der schwarzen Liste, das ist der KPD, offenbar ein genügend großer Erfolg.

Ein Reinsfall bei der Agertalperre. Einem rheinischen Zentrumsblatt entnehmen wir nachstehende Angaben über den Zusammenbruch eines bisher als leistungsfähig angesehenen deutschen Tiefbauunternehmens und den Reinsfall einer Anzahl Lieferanten bei dem Bau der obengenannten Talperre. Die Talperre selbst liegt im K r e i s e G u m m e r s b a c h im Rheinland. Sie hat uns gewerkschaftlich manderlei Schwierigkeiten gemacht, einmal aus dem Grunde, weil durch die Baustelle die Grenze zweier Lohngebiete geht, von denen das eine für Erdarbeiter einen Stundenlohn von 68 M und das andere einen Stundenlohn von 80 M beim Baubeginn vorsah. Am Bau selbst waren vier Unternehmungen beschäftigt. Die Hauptarbeit wurde von der Firma L i e f e n h o f, Dortmund, ausgeführt. Alle Bauunternehmer hatten die Verpflichtung, die ihnen vom Landesarbeitsamt Rheinland zugewiesenen Notstandsarbeiter aus Köln, Eusirchen und Bonn zu beschäftigen. Unsere B a u g e m e i n s c h a f t R e i m s c h e i d und unsere Bezirksleitung in Köln haben sich mehrfach vergebens bemüht, an dieser Baustelle Ordnung zu schaffen und einheitliche Löhne für die ganze Baustelle festzusetzen. Bauantraggeber ist die Agertalperre-Genossenschaft. In dieser Genossenschaft ist der Kreis mit 25 % des Stammkapitals beteiligt. Die Zuteilung soll ungefähr nur 15 Jahre gelten. 75 % des Genossenschaftskapitals werden von privaten Fabrikanten im Kreise Gummersbach gedeckt. Diesen Privaten würde also nach 15 Jahren die Alleinherrschaft über die Talperre und das dazu gehörende Kraftwerk zufallen. Demnach handelt es sich nicht um eine jener öffentlichen Stellen, für die ein Zuschuß aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge von Rechts wegen geleistet werden dürfte. Trotzdem hat die Genossenschaft für 322 000 Tagewerke Notstandsarbeit einen verlorene Zuschuß bekommen. Daneben noch einen billigen Kredit zu 4 und 5 %, der in 20 Jahren getilgt sein soll. Nach den Angaben des Zentrumsblattes sind somit für jedes Tagewerk geleistete Arbeit 16,70 M von behördlicher Stelle gegeben worden. Der Notstandsarbeiter hat diesen Betrag natürlich nicht erhalten, sondern er hat im besten Falle 6,40 M täglich an Lohn bekommen. Davon konnte er an der Baustelle, fern von seiner Familie, natürlich nicht leben und zugleich auch noch seine Familie erhalten. Infolgedessen haben die obengenannten Stadtgemeinden für die Familien noch erhebliche Beträge aufgewendet. Die Arbeitsämter haben ebenfalls an die Familien tägliche Zuschüsse gezahlt, so daß über die 16,70 M hinaus noch ganz erhebliche Zuschüsse geleistet worden sind. Trotz alledem hat die Firma L i e f e n h o f nach den Angaben des Zentrumsblattes bei dem Bau ihr gesamtes Vermögen in Höhe von 700 000 M zugestiftet. 170 Lieferanten, die für den Bau geliefert haben, sollen allein durch die Zahlungsschwierigkeiten rund 900 000 M Verlust haben. Durch die Notstandsarbeit sind also die Fabrikanten im Kreise Gummersbach zu einem billigen Kraftwerk gekommen, von dem sie eine jährliche

Reineinnahme von etwa 500 000 M zu erwarten haben, während die Baufirma und die Lieferanten in Not geraten sind, aber wahrscheinlich nicht in so große Not, daß sie nun auch Notstandsarbeiten in der Zukunft mit der Schaufel verrichten müssen. Wenn man bedenkt, daß der ganze Bau auf einen Wert von 7 000 000 M geschätzt wird, so bedeutet eine jährliche Reineinnahme von 500 000 M eine brillante Verzinsung für das Geld, das die Besitzer des Werkes angelegt haben. Wenn wir recht berichtet sind, sollen die Genossenschaftler insgesamt 180 000 M für den Bau geleistet haben. Aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge sollen sie von den bereits bewilligten 322 000 noch den Betrag für etwa 8000 Tagewerken zu fordern haben. Der Bau ist aber noch nicht fertig. Es sollen darum — immer nach dem Zentrumsblatt — der Genossenschaft noch 600 000 bis 700 000 Tagewerke fehlen, die ihr von der Reichsanstalt wiederum als kurzfristiges Darlehen bewilligt worden sein sollen. Die Genossenschaft möchte nun diesen Betrag nicht als kurzfristiges, sondern möglichst langfristiges Darlehen haben. Alle diese Summen zusammen gerechnet würden ergeben, daß von behördlicher Stelle insgesamt 5 500 000 M in Form von Zuschüssen oder billigen Darlehen gegeben worden. Die Verluste der Baufirma und Lieferanten betragen 1 600 000 M zusammen. Reichsanstalt, Baufirma und Lieferanten zusammen dürfen sich rühmen, den Industrielien im Kreise Gummersbach ein Geschenk gemacht zu haben. — Baufirma und Lieferanten haben Ursache zur Trauer. Die Reichsanstalt braucht nicht zu trauern, denn bei ihr ist ein Konkurs unmöglich, weil ja die Arbeiter durch ihre Versicherungsbeiträge und durch ihre Steuern dazu beitragen, daß auch noch weiter ähnliche Dinge möglich werden. Die Notstandsarbeiter aus den obengenannten drei Städten werden sehr erkaunt sein, wenn sie hören, daß trotz aller Unbillen, die sie auf dem Bau ausgehtanden haben, die Firma L i e f e n h o f wahrscheinlich „fertig“ ist. Wir können sagen, es erweckt bei uns keine Freude, aber auch kein Leid, weil wir wissen, daß eine erhebliche Zahl von Tiefbaufirmen geradezu erstickt auf Notstandsarbeiten sind, solange, bis sie damit ähnliche schlechte Erfahrungen machen, wie in diesem Falle die Firma L i e f e n h o f. — Noch ein Wort zu dem System. Wie kann im Ernst ein vernünftiger Mensch eine Kalkulation aufbauen auf Leistungen von Arbeitern, die aus allen möglichen Ursachen zusammengefaßt, ihm zugestanden werden, und die er nehmen muß, ohne daß sie in ihrer Mehrzahl die Leistung eines ordentlichen Bauarbeiters erreichen können. Die Leistung eines ordentlichen Bauarbeiters im Falle die Schuld nicht bei der Baufirma liegt, sondern an dem System. Es ist aber bezeichnend, daß in diesem Falle eine bürgerliche Zeitung so besorgt ist um die Firma L i e f e n h o f und die Lieferanten. Die Ursache dazu ist in der Zugehörigkeit zur Zentrumsparlei zu suchen.

Gasfernleitungen. In den letzten Monaten ist das Publikum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch mehrere Gasrohrbrüche sehr beunruhigt worden. Menschen zahlen mit ihrem Leben dafür, daß bei dem Leitungsbaue leiderlich gearbeitet worden ist. Mit dieser schlechten Arbeit und ihren Ursachen beschäftigt sich der Kollege M a r z b e l e r, Werbold, in einer längeren Aufschrift an uns. Die Gasfernleitung ist zur Zeit eins der wirtschaftlichen und technischen Probleme Deutschlands. Ihre Durchführung in weitestgehendem Maßstabe soll nach Meinung ihrer Befürworter eine erhebliche Verbilligung für den Gasverbraucher mit sich bringen und zugleich den Gasergewinn in den Kohlenbergbaubezirken eine wirtschaftlichere Verwertung ermöglichen. Von den Gegnern der Gasfernleitung wird die Verbilligung des Gases bestritten, zugleich aber werden die Verbraucher davor gewarnt, sich unter die wirtschaftliche Lebermacht eines einzigen Brennstofflieferanten zu begeben. Diesen Gegnern ist durch die letzten Gaskatastrophen ein mächtiges Argument in die Hand gegeben. Nach den Verlautbarungen der Gasfernleitungsgesellschaft und der Behörden soll bei dem Bau der Gasfernleitungen alles in schönster vorchristlicher Ordnung vor sich gegangen sein. Wenn diese Verlautbarungen die Wahrheit enthielten, dann hätten also die Gasfernleitungen die Gewohnheit, undicht zu werden, Menschen zu vergiften oder durch Entzündung zu töten und zwar schon wenige Monate nach ihrer Erbauung. Da die Drückgasleitungen alten Systems bisher solche mörderischen Gewohnheiten nicht zeigten, müßte demnach das Urteil gegen Ferngas ausfallen. Wir haben begründete Urteile anzunehmen, daß die amtlichen Erklärungen über die Unglücke zu einem erheblichen Teil an der Wahrheit vorbeigehen. Die Frage ist, ob alle für den Bauvorgang maßgebenden Vorschriften erfüllt worden sind. Uns wurde mitgeteilt, daß bei dem Bau der Gasfernleitung nur besonders „zuverlässige“ Arbeiter gebildet wurden. Als zuverlässig und tüchtig galt, wenn es nicht in erster Linie auf die Höhe des Stundenlohnes, sondern auf die Höhe der Stundenzahl ankam. Was bedeutet: die Liebhaber von Anwesenheitsgehältern hatten den Vortzug bei den Aufschätzungen. Zu erforchen wäre, ob die Schweißler und Rohrlieger in Akkorde oder für Prämien gearbeitet haben, und ob die Erdarbeiter angehalten wurden und auch willens waren, darauf zu achten, daß die Rohre eine gleichmäßige Unterlage bekamen, um ungleiche Druck- und Zugspannungen zu vermeiden. Wenn Menschen veranlagt werden durch das Wort „Wer nichts tauft, der silegt“, Leberstunden bis zur Bewußtlosigkeit zu machen, dann ist es begreiflich, wenn ihnen das Verwerfliche einer schlechten Arbeit nicht zum Bewußtsein kommt. Die Gasfernleitungsgesellschaft wird jetzt Entschädigungen zahlen müssen. Sie hat den Gegnern ihrer Pläne ein schwerwiegendes Argument in die Hand gespielt. Was sie nach dem bei ihr beliebten Arbeitssystem geldlich erparat hat an Löhnen, büßt sie jetzt zehnfach ein. Aber es müßte, die Einsicht der Unternehmer überschätzen, wollte man annehmen, daß sie aus dieser Erfahrung lernen. Leider ist es so, darum müssen die Arbeiter diese Einsicht erkämpfen, indem sie den Aufständigen hochhalten und einen entsprechenden Stundenlohn dazu.

Töpfer und Fliesenleger. Heidelberg. Im vergangenen Jahre erkannten auch die Ofenseher Heidelberg, daß es ohne Organisation nicht

mehr geht. Als wir dann im Juli über unseren Lohn verhandeln, wurde unsere Forderung vom Schlichter als „unbegründet“ abgewiesen, ein Stundenlohn von 1,28 M sei angemessen. Durch Streik erzielten wir dann vom 1. August an einen Stundenlohn von 1,40 M , der sich am 1. November auf 1,43 M erhöhte und vom 1. April 1929 an 1,46 M betragen wird. Auch die Kollegen, die hier nach dem Streik zureiften, wurden sämtlich in den Baugewerksbund aufgenommen außer einem Kollegen namens Reisinger aus München. Dieser weigerte sich beizutreten. Als dann die Kollegen gegen ihn Stellung nehmen wollten, war er samt Schulden jurelos verschwunden. Aber auch der Ofenbaumeister Carl Scholz, der hier als Gehilfe arbeitet, glaubt ohne Organisation fertig zu werden. Er trat im Mai dem Bunde bei, zahlte seine Beiträge, streifte, als gestreikt wurde, bekam seine Unterfertigung, wurde außerdem von den Kollegen unterstützt und erhielt nach zwei Wochen Streik von der Streikleitung Arbeit zugewiesen. Nachdem aber der Streik vorüber ist, hält er die Mitgliedschaft nicht mehr für nötig. Ja, der Mann schimpft sogar, er sei zu wenig unterfützt worden und durch den Streik seien doch nur ein paar Pfennig erzielt worden. Über die Heidelberg Kollegen werden mit solchen Leuten fertig werden. Scholz wäre zu empfehlen, dorthin zu gehen, wo er als Inorganisierte mehr verdienen kann.

Kiel. In der am 30. Januar abgehaltenen Generalversammlung gab unser Obmann seinen Jahresbericht. Die im Jahre 1928 abgehaltenen Versammlungen waren durchweg gut besucht. Außer unserer Fachgruppenversammlung hatten wir eine Provinzialversammlung in N e u m ü n s t e r, wo die Differenzen, die sich anlässlich unserer vierzehntägigen Lohnbewegung mit dem früheren Reichsjahresgruppenobmann Barck ergeben hatten, in der glücklichsten Weise geregelt wurden. Alle Aufschriften der Unternehmer gehen künftig direkt an den Bezirksvorstand nach Hamburg, um in der schnellsten Weise erledigt zu werden. Angehörige der schlechten Lage im Beruf konnten wir keine Lohnforderung stellen. Es sollten aber einzelne Punkte des Vertrages abgeändert werden. Die Unternehmer wollten u. a. einen Abbau der Löhne um 10 %. Bei der geschlossenen Kachelware sollte jeder ein Abbau von 20 bis 25 % Platz greifen. Nach vierzehntägigem Kampf zogen aber die Unternehmer ihre Forderungen zurück. Alles in allem können wir mit unsern Erfolgen, weil alle Töpfer organisiert sind, zufrieden sein. — Drei Kollegen und zwei Lehrlinge wurden unserer Organisation neu zugeworfen. Die Lehrlinge müssen mehr als bisher der Jugendgruppe zugeführt werden. — Auch für die in der Kieler Kunstkeramik beschäftigten Former, Formengießer und Scheibentöpfer, die reiflos bis uns organisiert sind, konnten wir eine Lohnsteigerung durchsetzen. Die Löhne der Former und Töpfer wurden um 5 % aufgebessert. Da die Former in Akkorde arbeiten, kommen sie auf einen Durchschnittslohn von 1,40 M . Die Formengießer, die in Lohn arbeiten, erhalten 1,17 M je Stunde, Hilfsarbeiter 70 bis 80 M , gefasst nach Dienstjahren. Arbeitern erhalten 48 bis 60 M je Stunde. Durchgesetzt werden, daß den Former der Lohn an die Arbeitsstelle geliefert wird. Leber die Werkzeugenschädlung in Höhe von 3 Stundenlohn je Monat vorbehandelt mit zur Zeit noch. — Beim Streik der F l i e s e n l e g e r, der 6 Wochen dauerte, erklärten sich die Töpfer solidarisch. Kein Töpfer hat sich bereitgefunden, Fliesen anzulegen. Aber einige Hafnermeister leisteten den Plattenhändlern Rausreisendienste. Vor Wendigung des Fliesenlegestreiks schlossen jedoch einige Töpferfirmen mit uns eine Sondervereinbarung, indem sie die Forderungen der Fliesenleger anerkannten. Dies frag viel mit dazu bei, daß die Plattenhändler ihren harnächtigen Standpunkt aufgaben und mit der Fachgruppe der Fliesenleger die Verhandlungen aufnahmen, die dann im August zu Ende geführt werden konnten. — Die Arbeitslage der Töpfer war nicht gut. Müßten doch im Laufe des Jahres viele Töpfer auswärts Arbeit annehmen; andere wiederum waren lange Zeit arbeitslos. Der Lohn der Töpfer beträgt zur Zeit 1,30 M . Im Akkorde werden durchschnittlich 30 % mehr verdient. — Um die Geselligkeit zu pflegen, bielten die Töpfer ein Herbstvergessen ab, das einen harmonischen Verlauf nahm. Die bisherige Fachgruppenleitung wurde wiedergewählt. Obmann ist Bölling, Schriftführer Duff, Siloff und Ahrens sind Lohnkommissionsmitglieder. Beisitzer sind Siloff und Lübnitz von der Kunstkeramik.

Neurode i. Schl. Die Fachgruppe der Töpfer hielt am 27. Januar ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und zeigte, daß das, was geleistet wurde, nur durch Gemeinschaftsarbeit erreicht werden konnte. Trotz guter Geschäftslage hätte der Erfolg bei den Lohnverhandlungen besser sein können. Notwendig ist, daß die Kollegen die festgelegte Arbeitszeit streng einhalten und im Optimum und in der Arbeitslust für unsere Organisation nicht erlahmen, um bei kommenden Lohnkämpfen mehr zu erreichen. — Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Das ist ein Beweis dafür, daß er zur vollen Zufriedenheit der Kollegen sein Amt verwaltet hat. Hieraus gab W o l f einen ausführlichen Bericht über die Sonderbestimmungen bei berufszählender Arbeitslosigkeit und teilte mit, daß die Töpfer und Ofenseher nicht unter diese Bestimmungen fallen. Die regelmäßigen Mitgliedsversammlungen werden jeden ersten Sonntag im Monat abgehalten. Es wird gewünscht, daß sie recht gut besucht werden. Die Mitgliedsbücher sind zu den Versammlungen stets mitzubringen.

Werk- und Siffenmaurer. Unsere Fachgruppe in den Werken. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß unsere Fachgruppe überall auflebt und Fortschritte macht. Für das rheinisch-westfälische Industriegebiet trifft das besonders zu. Heute haben wir dort wieder Werke, wo unsere Werkbauarbeiter reiflos organisiert sind. In allen Versammlungen kommt zum Ausdruck, daß unser Bund darauf drängen soll, an den Tarifverträgen beteiligt zu werden, oder versuchen soll, selbst einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Verhältnisse in der Industrie berechtigen ein solches Verlangen voll und ganz. — Ganz besonders hat sich das Lohnsystem in den Industrien. Man kann in keinem Vertragsgebiet, ja nicht einmal in einem Arbeitsort von einem einheitlichen Lohn

reden. Mit Zulagen und Prämien schwankt der Lohn zwischen 80 und 118 je Stunde. Es ist deswegen auch dem einzelnen Kollegen nicht möglich, seinen Lohn vorher auszurechnen. Die Prämie, die den Werkbauarbeitern gezahlt wird, baut sich auf die Leistung der Industrie...

Vora Bau

Berlin. Ein bauwärtiger Unfall ereignete sich am 5. Februar am Neubau des Automobilhauses der Firma Westheim am Schiffbauerdamm. Dort war seit längerer Zeit eine Bede eingehaft, die Betonierung unterließ jedoch, weil Frost und Schnee die Fortsetzung der Arbeit unmöglich machten. Inzwischen hatte die Firma, die die Eisenkonstruktionen herstellte, zwei Schweißere vorübergehend an diesem Teil der Baustelle beschäftigt.

Allgemeine Rundschau

Das Winterwetter beeinflusst nicht nur die Saisonberufe der außergewöhnlich harte Winter, der eine Kälte mit sich brachte, die in Deutschland seit 200 Jahren nicht beobachtet wurde, beeinflusst das gesamte deutsche Wirtschaftsleben. Von einem Arbeiten im Freien ist nur in einem ganz geringen Grade die Rede. Welche Verzüge aber noch besonders beachtlich sind, geht aus dem Bericht des Landesarbeitsrats Westfalen vom 8. Februar hervor: „Das ungewöhnlich lange anhaltende Winterwetter zeigt Auswirkungen bereits bei verschiedenen Wirtschaftszweigen, deren Abhängigkeit von der Witterung nur mittelbar ist.“

vergangenem Jahre, wo sich in den ersten milden Herbstwochen keine Käufer fanden und später der unerwartete Modewechsel zum Absatz zu Schweißereisen zwang.“

Hier die Frage heißt eine der neuen Homocord-Electro-Platten, die von Künstlern der Norddeutschen Rundfunk-V.G. in buntem Durcheinander mit einem Funkpostpurr besungen worden ist. Eine Forttrottplatte „E r a z y R y t h m“ und „E w e e l S u e - J u s t y o u“ ist von einer englischen Jazzkapelle schmissig bespielt worden, dazu Refraingefang in englischer Sprache. Neu ist ferner eine Platte mit dem beliebten Charakterstücken „J m U h r e n l a d e n“ und „J m S p i e l w a r e n l a d e n“. In der Geisterstunde erwachen die Spielwaren zu musikalischem Leben und vereinigen ihre verschiedenen Stimmen zu einer recht unterhaltsamen Musik. Empfehlenswert ist auch eine ähnliche Platte mit zwei florentinischen Charakterstücken: „D o r n e r s c h e n s D r a u s c h r i t t“ und „S i a m e s i l l e W a c h p a r a d e“. Einen Uhmantischen Männerchor gibt die Platte mit dem „S e f g o l a n g“ wieder, und der Männer- und Frauenchor Leipzig-Nordwest besang die andere Seite mit dem „R o r g e n r o u“ von Otto de Nobel-Dick, Trefftal. Von Instrumental-Trio „Freundbörfer“ (Fischer, Harmonika, Klavier) ist eine Platte mit „E n U e n d a m E r a u n s e“ und „S e r z i n d e r T r u n“ zu haben, für Liebhaber baprischer Bauernmusik eine Platte von der Dachauer Bauernkapelle vom „Platz“, München, bespielt mit dem „M a r i c h e n w a l z e r“ und einem „S o l l e d a u e r - B a u e r n s c h o t t i s c h“. Man fordere, beim Einkauf auch Platten der Homocord-Electro hören zu wollen.

Ein guter Anfang. Im ersten Monat des Jahres 1929 wurden bei der Volkshaftfrage, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, insgesamt 49 603 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung eingereicht. Das ist für das neue Jahr ein guter Anfang.

Der Zustand ländlicher Arbeitskräfte in die Städte. Auf diese wichtige Frage geht das L a n d e s a r b e i t s a m t Westfalen in seinem Bericht vom 18. Januar mit folgenden Worten ein: „Es ist eine sich im Verlauf der wirtschaftlichen Konjunkturen immer wiederholende Tatsache, daß zur Zeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs die zusätzlich benötigten Arbeitskräfte der Industrie vom Lande her zufließen. Diese Tatsache wird auch für das Jahr 1927 durch die genannten Statistiken bestätigt. In den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben waren rund 1,5 Millionen mehr Arbeitnehmer beschäftigt als im Jahre 1926. Nach einer von anderer Seite vorgenommenen Abrechnung aller derartigen Arbeitskräfte, deren anderweitige Herkunft feststeht, bleiben immer noch eine halbe Million Arbeitnehmer, die fast ganz auf Industrie und Handwerk entfallen. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß ein großer Teil dieser Arbeitskräfte auf den Zustrom vom lachen Lande zurückzuführen ist. Um so größer muß daher bei der gegenwärtigen Konjunkturlage die Belastung des Arbeitsmarktes sein. Somit ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik, für eine entsprechende Rückführung von Arbeitskräften in das ländliche Erwerbsleben zu sorgen, wenn nicht die Städte Sammelbecken für Reservisten von Arbeitskräften werden sollen, die nur von Zeit zu Zeit in Abhängigkeit von der jeweiligen Wirtschaftslage beschäftigt werden können. Diese arbeitsmarktpolitische Forderung steht auch im Einklang mit allgemeinem volkswirtschaftlichen Zusammenhängen. Die weltwirtschaftliche Entwicklung führt immer mehr zur Heranbildung von kapitalistischen Industriestaaten in Ländern, die bisher die Versorgung mit Agrarprodukten für die alten Industriestaaten übernahmen. Diese werden durch die Entwicklung dazu gedrängt werden, die Landwirtschaft im eigenen Lande auszubauen und ertragsreicher zu machen. Die Erhaltung und Heranbildung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften ist daher, auch von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.“

BEKANNTMACHUNG DES BUNDESVORSTANDES

Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 der Bundesfassung von der Baugewerkschaft Hof a. d. G. Karl Schmidt, Hilfsarbeiter, geboren 27. März 1877, eingetreten 8. April 1928 (215 583); von der Baugewerkschaft Gelsenkirchen Fröh Ankowki, Maurer, geb. 29. 12. 95, eingetr. 25. 2. 1925 (D 726 640); Christian Stotfang, Maurer, geb. 28. 9. 1902, eingetr. 10. 9. 1927 (490 811).

Gestunden worden ist in Altona a. d. G. das Mitgliedsbuch des Kollegen Hans Käfer, geb. 13. Oktober 1910 zu Thalheim l. Erggeb, eingetreten 28. April 1928 zu Chemnitz (Buch-Nr. 539 729). - Ferner ist in Berlin in der Nähe des Steinfener Bahnhofes das Mitgliedsbuch und die Briefkasse des Kollegen Friedrich Fels, geboren 8. Juni 1907 zu Warmen, eingetreten 8. August 1927 zu Warmen (Buch-Nr. 4 0 551), gefunden worden. - Beide Mitgliedsbücher nebst Kasse können vom Bundesvorstand abgefordert werden.

Vom 5. bis 18. Februar haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse eingelangt: Bayern 29,40 M., Altona 3, Bonn 50, Frankfurt 35, Glatz 795, Kulmbach 8, Nürnberg 10, Pappenheim 140, Plauen l. Vgl. 20, Quakenbrück 18 50, Seelen 16, Verden 5, Wittenberge 12, Wolgast 15, Zerbst 11.

Rakender: Annaberg 6 M., Brandis 12, Caputh 18, Cuth 33, Glatz 60, Hagenow 6, Herxleben 18, Kelbra 6, Kaskow 6, Laurenburg l. P. 12, Marienwerder 9, Neubaldensleben 7, Obernbau 12, Osnabrück 78, Rosenheim 60, Schwerin 6, Sorau 6, Stafffurt 1,20, Stafffurt 12, Thale 3. Protokolle: Kulmbach 9 M., Neubaldensleben 21,60. Buchhüllen: Buchwig 6 M., Breslau 150, Chemnitz 150, Frankfurt (Ober) 30, Glatz 37,50, Mergentheim 3, München 75, Rendsburg 9, Rosenheim 31,60. Markenmappen: Buchwig 15 M., Sameln 7,50, Neubaldensleben 12,50, Stafffurt 3. Verschiedene Schiffe: Dobeln 10 M., Magdeburg 4, Mergentheim 0,70. Bundesnadeln: Annaberg 12,50 M., Ansbach 6,25, Altona 5, Chemnitz 25, Glatz 14,90, Hammerstein 3,60, Kitzge 24,

Laurenburg i. P. 4, Mergentheim 1,25, Neisse 40, Pappenheim 2,50, Rosenheim 23,50, Schweinfurt 12,50, Seehausen 20,40.

Grundsteinbüchlein: Anklam 2 M. Bauabend: Anklam 3,40 M., Annaberg 0,40, Altona 10, Bernburg 51, Bayreuth 10, Buchwig 0,60, Breslau 10, Caternsforde 10,20, Flensburg 2, Götting 1, Gagenow 11, Halle 5, Hamm 3,40, Königsbrunn 6, Lübeck 10,60, Lütz 7,40, Merseburg 2,40, Neubaldensleben 8, Osnabrück 6, Peine 1, Querfurt 2, Radeburg 4, Rendsburg 4,50, Sorau 4, Sperrberg 10, Stafffurt 17, Thale 2, Waren 1,40, Weimar 1,60, Wernigerode 2. Der Bundesvorstand.

- Gedenktafel verstorbener Mitglieder.** Allenburg (Schmölln) M. Kratzsch, Maurerpol., 43 J. (Ludka.) Ernst Wownick, Maurer, 46 Jahre alt. Auerbach l. Vogl. Bruno Hechel, Hilfsarbeiter, 45 J. (Killingenthal) Otto Meyer, Hilfsarbeiter, 56 Jahre. Arno Riedel, Flechter, 28 Jahre alt. Banglau. Paul Schwan, Hilfsarbeiter, 70 Jahre alt. Coburg (Strohendorf) Albin Lessa, Maurer, 68 Jahre. Corbach (Hilfoborn) Hans Otto, Maurer, 39 Jahre. (Sundsbörf.) Wilhelm Ulrich l. Maurer, 46 Jahre. Dangig. Emil Bestner, Maurer, 78 Jahre alt. Döberan. Johann Bull, Maurer, 79 Jahre alt. Dresden. Hermann Boyer, Maurer, 79 Jahre alt. Adolf Winkler, Hilfsarbeiter, 77 Jahre alt. (Weißig.) Max Zirkel, Maurer, 47 Jahre alt. Erfurt. Gustav Jäger, Maurer, 69 Jahre alt. Effen. Karl Werner, Maurer, 48 Jahre alt. Fiesburg. Ferdinand Eitzenbüfer, Maurer, 54 J. Theodor Reumann, Maurer, 54 Jahre alt. Frankfurt a. M. (Sulzbach.) K. Klein, Maurer, 49 J. (Dreieichenhain.) G. K. Schickelodanz, Maurer, 59 J. (Diehensbach.) Peter Simon, Hilfsarbeiter, 38 Jahre. (Friedrichsthal.) J. H. Wenzel, Maurer, 71 Jahre. Oelwitz. Josef Gaida, Maurer, 54 Jahre alt. Götting. August Weiling, Tischler, 61 Jahre alt. Göttingen. Karl Pelz, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt. Martin Seäröder, Schachtmeister, 68 Jahre alt. Hamburg. Friedrich Petersen, Maurer, 79 Jahre. Christian Warnke, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt. Hannover. (Cinben.) Paul Göttsche, Hilfsarbeiter, 54 J. Hof. Wilhelm Wunderlich, Hilfsarbeiter, 66 Jahre. Kempten. Otto Herz, Maurer, 56 Jahre alt. Königsberg i. Pr. H. Eichelbaum, Hilfsarbeiter, 55 J. Ferdinand Wargien, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt. Randsberg a. d. W. Otto Voigt, Maurer, 43 Jahre alt. Reipzig. Julius Bollinger, Hilfsarbeiter, 53 Jahre. Ernst Bormann, Glatz, 76 Jahre alt. An just Köhler, Uphalter, 69 Jahre alt. Gustav Polster, Maurer, 66 Jahre alt. Emil Steinbach, Hilfsarbeiter, 62 Jahre alt. Siegnitz. (Goldberg.) Arthur Seifert, Maurer, 23 Jahre. Bruno Baumert, Hilfsarbeiter, 41 Jahre alt. Magdeburg. Karl Bothe, Maurer, 75 Jahre alt. Mannsb. Martin Röll, Maurer, 50 Jahre alt. Mühlweitz. (Gartha Stadt.) Heinz Seidel, Pol., 69 J. München. (Salzhirsen.) A. Wappmann, Schlichtm., 66 J. (Ost.) Josef Stadler, Hilfsarbeiter, 56 Jahre alt. Nürnberg. (Erlangen.) Mich. Kronaster, Steinb., 52 J. Oppeln. Richard Stanowski, Ofenhefer, 52 Jahre. Osnabrück. Johann Gramel, Hilfsarbeiter, 38 Jahre. Pajemah. Ferdinand Hensel, Maurer, 59 Jahre alt. Schweinfurt. (Alra.) Joh. Böttchel, Puffer, 63 Jahre. S. merin. Paul Köß, Maurer, 41 Jahre alt. Velzen. (Hallingdorf.) Wilhelm Schulz, Maurer, 58 J. Welten. Heinrich Krüger, Maurer, 77 Jahre alt. Waldenburg l. Gohle. August Ludwig, Maurer, 72 J. Wiesbaden. (Dohheim.) Phil. Debus, Maurer, 61 Jahre. Wittenberg. (Orstrehren.) G. Götze, Hilfsarb., 67 J. Zeitz. Ernst Koll, Maurer, 22 Jahre alt. Zittau. (Wiersdorf.) W. Hoffmann, Maurer, 68 Jahre Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter „Grundstein zur Einigkeit“, Sitz Hamburg.

Entschrieben § 17 Absatz 5 unserer Satzung werden hiermit alle neu- und wiedergewählten Ortsverwaltungsmitglieder bestätigt. Alle Ortsverwaltungen und Einzelmitglieder werden zu leibhaftiger und durchgreifender Verbundenheit zur Gewinnung neuer Mitglieder aufgefordert. Werbematerial und Platäne können jederzeit beim Hauptvorstand angefordert werden. Der Vorstand: St. M. U. S. e. g.

Geschäftsführer gesucht! Die Baugewerkschaften Greimitz zu einer Baugewerkschaft vereint. Deshalb ist zum 1. April die Stelle eines Geschäftsführers zu belegen. Die Bewerber müssen mindestens ein ununterbrochenes zehnjähriges Mitgliedschaft im Baugewerksverband oder einem seiner zugehörigen Verbände inne haben. Wegen der besonders schwierigen Wohnungsverhältnisse können nur Bewerber der Nachbarschaft in den Gebieten einer der beteiligten beiden Baugewerkschaften ihren Wohnsitz haben. Bewerbungen, verbunden mit einem Aufgabebogen über die Angelegenheiten des Baugewerkschafts, sind bis zum 15. März 1929 eingehen an den Vorsitzenden des Bezirksverbandes „Dresden-N“, Miltenerbergstr. 6, 1. Et.

Geschäftsführer gesucht! Die Baugewerkschaften Altona u. d. G. von der Baugewerkschaft Altona a. d. G. für den Zeitraum vom 1. April an einer Baugewerkschaft mit dem Sitz in Altona. Ein angesehener Geschäftsführer soll die Baugewerkschaft leiten. Bewerber müssen reichlich verhalten, autoritär und organisatorisch befähigt und auch mit der sozialpolitischen Gesetzgebung vertraut sein. Für die Anstellung kommen in erster Linie Kollegen in Betracht, die im engeren Baugewerkschaftsgebiet wohnhaft und mindestens 10 Jahre im Deutschen Baugewerksverband oder einem seiner Vorgängerorganisationen in Baugewerkschaften mit Nebenamt sowie einer türen Verbindung über Gewerkschaftsarbeit im Deutschen Baugewerksverband sind kandidierfähig in doppelter Ausübung bis zum 23. März einschreiben an Johann Schent, Bezirksleiter Hammover, Miltenerbergstr. 7, Zimmer 16.

Postletere gesucht! Die Baugewerkschaft Stuttgart ist an den Postletere zum baldigen Eintritt einen ersten Postletere gesucht wird eine erste Postletere. Die Baugewerkschaften Altona u. d. G. von der Baugewerkschaft Altona a. d. G. für den Zeitraum vom 1. April an einer Baugewerkschaft mit dem Sitz in Altona. Ein angesehener Geschäftsführer soll die Baugewerkschaft leiten. Bewerber müssen reichlich verhalten, autoritär und organisatorisch befähigt und auch mit der sozialpolitischen Gesetzgebung vertraut sein. Für die Anstellung kommen in erster Linie Kollegen in Betracht, die im engeren Baugewerkschaftsgebiet wohnhaft und mindestens 10 Jahre im Deutschen Baugewerksverband oder einem seiner Vorgängerorganisationen in Baugewerkschaften mit Nebenamt sowie einer türen Verbindung über Gewerkschaftsarbeit im Deutschen Baugewerksverband sind kandidierfähig in doppelter Ausübung bis zum 23. März einschreiben an Johann Schent, Bezirksleiter Hammover, Miltenerbergstr. 7, Zimmer 16.

Bücher und Schriften

Republikanische Geschichte des Bürgerkrieges im Ausland 1917/21. Neuer Deutscher Verlag, Berlin...

Zusatz, daß die Berufstätigkeit einen erheblichen Einfluß auf die Gesundheit ausübt...

Wer ernten will, muß säen!

Für die Woche vom 25. Febr. bis 3. März ist der 9. Bundesbeitrag für 1929 zu zahlen.

Das Leben auf der Erde. Von Professor Dr. Paul Schaefer. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Bonn.

Der Große Brodhaus, Band I. Nachschlüsselwerk gebunden zu dem mehrfachen Bindwerk...

Nervöse, abgehetzte Menschen

solten weder Wohlstand noch schwarzen Tee trinken... Die ersten einwirkenden Salze...

helfebereiten Kräutern, Bärzelen usw. Er hat seine unange- nommen Nebenwirkungen...

... daß meine Nervenopfschmerzen nach Gebrauch eines Patentes vollständig verschwunden sind...

Uhr. 24-St. Zifferbl. in Anle. wertv. m. verz. Ränd. usw. Klingenthal Sa.-Nr. 709...

Was ist Tegal? Tegal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz...

Billige böhmische Bettfedern: 1 Pfund graue, gute, geschlossene 80 A. 1.-A.; halbwild 1,20 A., 1,40 A., weiß...

Original M. Mosberg. Die beste Kleidung für Bauhandwerker. Die unverzichtbaren Werkzeuge...

Mauserpfeifen. Prakt. Preisermittlung. sämml. Hochbauar. Ermittl. d. Arbeit...

Neue Gänsefedern. wie von den Gäns gerupft m. voll. Daunen. dopp. gereinigt...

Bettfedern. 10 000 Dankfreunden hier. Billigere Betten. Betrieben unter fortwährend billige...

Wilhelm Fahr. jetzt: Berlin, Brunnenstraße 78. Metall- Betten Stahl- Holz- m. Matratzen...

5 Tage zur Probe. Sport, Straße u. A. Abend, Herren-Loden, Gemmi, Herbst u. Wintermäntel...

Schmale Teakholz-Wasserwagen. Der Konkurrenzpreis beträgt nur 1. Qualität. Ist und bleibt der billigste...

Teakholz-Wasserwagen in höchster Vollendung! Extra Qualität. 100 90 80 75 70 60 50 cm...

Größte Produktion der Welt! ODELL. Unterstützt die Arbeiterwohlfahrt!